

Österreich: Zu den faschistischen Übergriffen in Favoriten und dem Angriff auf das EKH

Mo Sedlak, Infomail 1109, 30. Juni 2020

In den vergangenen Wochen wurden immer wieder feministische Kundgebungen, die von kurdischen Frauenorganisationen mitorganisiert wurden, von FaschistInnen angegriffen. Mittwoch den 24. Juli eskalierte die Situation in Wien Favoriten dann - um die hundert junge Männer attackierten eine Kundgebung gegen Morde an Frauen in Österreich und der Türkei und verfolgten die TeilnehmerInnen zum besetzten Ernst-Kirchwegger-Haus (EKH). In den Tagen danach kam es immer wieder zu bewaffneten Angriffen auf solidarische DemonstrantInnen. Die lange schwelende Gefahr türkischer FaschistInnen und ihrer breiten UnterstützerInnenbasis ist damit plötzlich zu einem entscheidenden Kampf für InternationalistInnen und AntifaschistInnen geworden.

Die AngreiferInnen

Die AngreiferInnen sind vor allem junge Männer, die die Symbole der faschistischen MHP, ihrer islamistischen Abspaltung BBP und sogar des IS zeigen. Ein Beitrag auf dem [„Mosaikblog“](#) weist darauf hin, dass diese immer näher an den türkischen Diktator Erdogan heranrücken und vor allem seine KritikerInnen angreifen. Vor allem im zehnten Bezirk werden aber auch generell Linke und politisch aktive Frauen attackiert, die FaschistInnen beanspruchen die Gegend um den Reumannplatz im 10. Bezirk als ihr Territorium. Das wurde schon am 1. Mai klar, als eine [Kundgebung von türkischen, kurdischen und österreichischen Linken umzingelt](#) wurde.

Der [STANDARD](#) schreibt, dass die faschistischen und islamistischen Gruppen in etwa 25 Vereinen organisiert sind, die der MHP und ihren Abspaltungen zuzuordnen sind. Sie sind in der Lage, sehr schnell recht viele Jugendliche zu mobilisieren, mit einer Mischung aus rechtsradikaler Ideologie und einem Versprechen auf Action. Daraus ergeben sich die vielen kleinen und größeren Angriffe aus dem Hinterhalt und auf Seitenstraßen, ebenso wie die schnellen Rückzüge in Wohngebieten und Parks.

EU finanziert, Türkei bombardiert

Die Angriffe erfolgen nicht zufällig nur wenige Tage, nachdem die Türkei am 15. Juni eine [neue Offensive](#) gegen die KurdInnen in Südkurdistan (Nordirak) begonnen hat. Nach den Angriffen auf Rojava und dem Einmarsch in Afrin (kurdisch: Êfrin) im letzten Jahr begannen Regimetruppen das autonome Flüchtlingslager in Mexmûr und die jesidischen Dörfer im Sengal zu bombardieren. Seitdem kurdische Truppen aus Rojava (YPG/YPJ) und dem türkisch besetzten Teil Kurdistans (HPG) den geplanten Genozid durch den IS an der jesidischen Minderheit verhindert hatten, gelten diese in den Augen des türkischen Regimes als PKK-Verbündete. Diese Angriffe erfolgen offensichtlich in Absprache mit der NATO, in der die Türkei Mitglied ist, und mit den Geldmitteln des schmutzigen EU-„Flüchtlingsdeals“. Sie reihen sich ein in eine Vernichtungsstrategie des türkischen Regimes gegen die nationale Befreiung der KurdInnen genauso wie gegen die türkische Linke.

Fast gleichzeitig begann übrigens auch das [iranische Regime, gegen KämpferInnen und ZivilistInnen in Ostkurdistan vorzugehen](#)). Der Großteil der kurdischen Gebiete wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt und mit Flugzeugen und Artillerie bombardiert. Auch die erste türkische Offensive in Südkurdistan wurde wohl [von iranischem Artilleriefeuer begleitet](#).

Um den anti-kurdischen Rassismus und die Bestrebungen in Richtung „Großtürkei“ können sich auch die FaschistInnen der MHP und deren

islamistische Abspaltungen sammeln. Bei den FaschistInnen gilt ja, dass wer sich durchsetzt oft Recht hat, und so wird Erdogan zur Führerfigur und seit Neuerem sogar offiziell zum Koalitionspartner.

Der internationale Charakter der anti-kurdischen Offensive, die Rolle europäischer Rüstungskonzerne und der EU-Gelder an die Türkei wurde bereits auf einer Demonstration gegen das Bombardement am vorigen Samstag auf der Mariahilfer Straße betont. „Türkische Armee raus aus Kurdistan“ und „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan“ wurden dort gerufen.

Kämpfe und Polizeigewalt

Von Mittwoch bis Samstag kam es zu täglichen Solidaritätsaktionen im Bezirk. Das angegriffene EKH und sein Nebengebäude sind seit bald 30 Jahren das Zentrum autonomer, türkischer und kurdischer Linker im Bezirk. Nach einer nervenaufreibenden Demonstration am Donnerstag, die in jeder Seitenstraße teilweise mit Messern und Schlagstöcken angegriffen wurde, versuchten die FaschistInnen spätnachts sogar das Haus anzuzünden. Und schon da richtete sich die Reaktion der Polizei gegen die linken DemonstrantInnen. Faschistische Angriffe wurden durchgelassen, aber AntifaschistInnen die sich mit Händen und Füßen zur Wehr setzten attackiert.

Am Freitag setzte die Polizei die AntifaschistInnen schließlich nach einem massiven Angriff drei Stunden in einem Kessel fest, der derweil mit Flaschen beworfen wurde. Nach Abschluss der Demonstration am Hauptbahnhof wurden nur Zehnergruppen hinausgelassen, von denen einige in Überzahl überfallen wurden, es kam zu schweren Verletzungen. Am Samstag schließlich ließ es sich die Polizei nicht nehmen nach Abschluss der Demonstration zur türkischen Botschaft im vierten Bezirk noch 30 AntifaschistInnen zu kesseln, durch solidarischen Druck anderer AktivistInnen wurden diese aber wieder freigelassen. Auch österreichische Rechte konnten ungestört die Demonstration provozieren. Selbst wenn es nicht die Identitären oder klassische Stiernackennazis sind, stellt

sich die Wiener Polizei verlässlich auf Seite der FaschistInnen.

Tatsächlich sind die Angriffe aber nichts Neues. Auf der Demonstration am Samstag berichtete eine Sprecherin des internationalistischen Frauenbündnis, das am 24. Juni am Keplerplatz angegriffen worden war, dass davor schon Kundgebungen im 17. und 20. Bezirk zum Ziel faschistischer Mobilisierungen geworden waren.

Rassistische Antworten

Wie nicht anders zu erwarten warfen sich die rechtspopulistische FPÖ und die Strache-Abspaltung sofort auf das Thema. Sie schrieben einen „Ausländerkonflikt“ herbei und forderten schnelle Abschiebungen sowie den Rücktritt der Grünen Vizebürgermeisterin Hebein, die sich auf einer Solidaritätsaktion blicken hatte lassen. Aber auch aus der SPÖ kamen die Forderungen nach Abschiebungen vor den Solidaritätsbekundungen mit AntifaschistInnen, zum Beispiel vom [Landtagsabgeordneten Peko Baxant](#)). Die regierende ÖVP hat sich voll auf FPÖ-Linie eingeschossen, spricht von [„Integrationsversagen“](#) und [„ausländischen Konflikten“](#).

AntifaschistInnen müssen allen Aspekten dieser Argumentation entschieden entgegentreten. Erstens handelt es sich hier um einen politischen Konflikt, keine „ethnischen Auseinandersetzungen“. An den Angriffen beteiligen sich auch Jugendliche und FaschistInnen ohne Bezug auf die Türkei, angegriffen werden KurdInnen, TürkInnen und ÖsterreicherInnen gleichermaßen. Zweitens versuchen ÖVP, FPÖ und auch SPÖ-nahe „Intellektuelle“ wie [Robert Misik](#) beide Seiten gleichzusetzen, während für uns klar ist, wo wir stehen.

Aber vielleicht am wichtigsten, ist das Erstarken türkischer FaschistInnen in Favoriten ein österreichisches Phänomen. Es ist die österreichische Regierung, die sich für Milliarden an Erdogan eingesetzt hat, damit dieser Geflüchtete an der

Reise nach Europa hindert. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen von AKP, MHP und BBP findet durch österreichische Stellen statt, ebenso wie die Kriminalisierung kurdischer und türkischer Oppositioneller. Aber auch die ständige Ausgrenzung von migrantischen und armen Jugendlichen in Favoriten, die es den FaschistInnen erlaubt sich als scheinbarer Gegenpol aufzustellen ist österreichische Politik. Wenn wir gegen die FaschistInnen kämpfen, müssen wir auch die Regierungen angreifen, die sie hervorgebracht haben.

Widerstand

Mehrere Diskussionsbeiträge der letzten Tage haben darauf hingewiesen, dass die Zusammensetzung der AngreiferInnen nicht so eindeutig ist. Anscheinend stellen organisierte FaschistInnen die Minderheit, aber unorganisierte und an den Rand gedrängte Jugendliche die Mehrheit der AngreiferInnen. Damit müssen sich Linke in Wien ernsthaft auseinandersetzen.

Aber die Antwort auf faschistische Gewalt kann nicht sozialarbeiterisch sein. Das haben die blutigen Erfahrungen aus dem Deutschland der 1990er-Jahre, wo sich eine mörderische Neonaziszene um Jugendzentren und „akzeptierende Jugendarbeit“ aufgestellt hat, leider gezeigt. Die konkrete Aufgabe von AntifaschistInnen ist es, uns selbst und unsere GenossInnen zu schützen. Das gelingt am besten wenn Demonstrationen durchgesetzt, unsere Zentren verteidigt und Angriffe zurückgeschlagen werden. Nur der physische Beweis, dass sie die Macht eben nicht haben, bringt FaschistInnen von weiteren Angriffen ab.

Dafür braucht es in erster Linie ernst gemeinte internationalistische Solidarität. Der radikalen wie der reformistischen Linken ist es, bis auf Ausnahmen, in den ersten Tagen nicht gelungen stark zu den Protesten zu mobilisieren. Das muss sich ändern.

Aus einem solidarischen Bündnis müssen organisierte

Selbstverteidigungsstrukturen aufgebaut werden. Nur so können wir unsere Demonstrationen gegen FaschistInnen und Polizei schützen, aber auch im Grätzl gegen Angriffe und faschistische Zusammenrottungen vorgehen. Die versuchte Stürmung des EKH, die massiven Angriffe um den Reumannplatz und Übergriffe wie am Hauptbahnhof dürfen sich nicht wiederholen, und auf die Polizei ist bewiesenermaßen kein Verlass.

Außerdem müssen wir es schaffen, die Ursachen des Problems frontal anzugreifen. Das bedeutet einen internationalistischen Widerstand gegen die Angriffe der NATO und ihre ProfiteurInnen in Europa und Österreich. Aber auch dem rassistischen Ausschluss und der wirtschaftlichen Misere in den Wiener Außenbezirken müssen wir ein klar antikapitalistisches Programm entgegenstellen. Das würde den FaschistInnen ihre SympathisantInnenbasis dauerhaft entziehen.

Schließlich ist es selbstverständlich, dass wir uns mit dem politischen Kampf der KurdInnen um nationale Befreiung und Autonomie solidarisieren. Relativierungen oder ein vages „Ablehnen von jedem Nationalismus“ bedeutet hier auf der Seite der UnterdrückterInnen zu stehen. Bijê Berxwedana Kurdistan - es lebe der Widerstand in Kurdistan!

Erdogan-Putin Deal gegen Rojava

Robert Teller, Neue Internationale 242, November 2019

Das am 22.

Oktober in Sotschi ausgehandelte türkisch-russische Abkommen über die Einrichtung einer Pufferzone entlang der türkisch-syrischen Grenze verändert

die Kräfteverhältnisse in Syrien grundlegend.

Erstens festigt

es Russland als unbestrittene, einzige verbliebene Hegemonialmacht. Syrien wird de facto zu einer Art russischen Mandatsgebiets. Die letzten Wochen und Monate verdeutlichen, dass im Land ohne Zustimmung Putins nichts geht, dass selbst reaktionäre Potentaten wie Erdogan und Assad letztlich ihre Ziele nur in Abstimmung und durch Zustimmung oder Akzeptanz der Kremls umsetzen können.

Umgekehrt offenbart der Deal die Schwäche des „Westens“, also der USA und erst

recht der europäischen imperialistischen Mächte.

Zweitens ist die

Türkei ihrem Ziel, die kurdische Selbstverwaltung in Rojava zu beseitigen, deutlich näher gekommen. Sie steht nun offen zur Disposition.

Drittens sollen

der türkische Einmarsch und die Vereinbarung von Sotschi zwischen Russland und

der Türkei zur Wiederherstellung der Kontrolle des syrischen Regimes über die kurdischen Gebiete führen und damit dessen konterrevolutionären Siegeszug vollenden.

Eine ganze Reihe

konterrevolutionärer Verschiebungen droht damit zu einem unrühmlichen Abschluss

zu kommen. Der „Frieden“, den das Abkommen bringen soll, bedeutet den Frieden

von Niederlage und Aufteilung Syriens unter den Kräften der Reaktion. Es stellt insbesondere eine Niederlage des kurdischen Volkes und die drohende Zerstörung

der in Rojava errungen Formen von Autonomie und Selbstbestimmung dar.

Abzugspläne der USA und erste Pufferzone

Trumps

beabsichtigtem Truppenabzug im Blick, drohte die Türkei seit Monaten offen mit einer Militäroffensive gegen Rojava, falls keine „Einigung“ mit den USA zustande kommen sollte. Eine solche erfolgte Mitte August. Im Gegenzug für einen Teilrückzug der kurdischen Kräfte von der türkischen Grenze versprach die Türkei, keine Invasion durchzuführen. Die Kurdischen Selbstverteidigungskräfte (YPG/JPG) und die Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) erfüllten aufgrund von US-Garantien diese Forderung.

Das Versprechen der

Türkei hielt dann gerade 6 Wochen. Am 9. Oktober begann sie dem Einmarsch entlang der Grenze zwischen den Städten Tell Abyad und Ras al-Ayn, nachdem sich

Erdogan Trumps Zustimmung hierfür eingeholt hatte und dieser den sofortigen Abzug der US-Truppen aus der Region anordnen würde. Nach der am 22. Oktober zwischen der Türkei, Syrien und Russland getroffenen Vereinbarung muss sich die

YPG/JPG aus einem 30 Kilometer breiten Streifen vollständig zurückziehen, hier übernimmt Russland gemeinsam mit dem syrischen Regime die Kontrolle. Die Türkei

behält die alleinige Kontrolle über die während der Offensive eroberten Gebiete.

Kriegsziele der Türkei

Erklärtes Ziel

der türkischen Invasion ist es, die gesamte Grenzregion von kurdischen Kräften

zu „säubern“ und letztlich der Selbstverwaltung Rojavas ein Ende zu setzen, die de facto seit 2012 die staatliche Unabhängigkeit einer mehrheitlich kurdischen Region unter Führung der PKK-nahen PYD darstellt. Die türkische Regierung strebt an, zwei Millionen syrische Flüchtlinge in der „Pufferzone“ anzusiedeln, was der ethnischen Säuberung dieser Gebiete gleichkommt. Obgleich ein Verstoß gegen internationales Recht, wird in der Vereinbarung von Sotschi anerkannt wird. Das Erdogan-Regime bedient sich des Rassismus gegenüber den Flüchtlingen,

um derartige reaktionäre Maßnahmen zur Durchsetzung seiner regionalen Interessen zu legitimieren. Zugleich wird damit die Grundlage für einen neuen nationalen Konflikt in den kurdischen Gebieten gelegt. Die von der Türkei geplanten Umsiedlungen stehen in einer Reihe mit der Arabisierungspolitik des syrischen Baath-Regimes in den 1970er Jahren, die mit genau der gleichen Zielsetzung betrieben wurde: dem Anspruch der kurdischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung einen Riegel vorzuschieben.

Darüber hinaus

bekräftigt die Vereinbarung auch die Adana-Erklärung von 1998, in der sich Syrien auf türkischen Druck verpflichtete, jegliche Tätigkeit der PKK in Syrien zu unterbringen, also als Hilfstrupp des türkischen Staates bei der Unterdrückung der KurdInnen zu fungieren.

Veränderte Kräfteverhältnisse

Wenige Tage nach

Beginn der türkischen Invasion stimmten die „Syrischen Demokratischen Kräfte“ der Entsendung von Assads Truppen in die kurdischen Gebiete zu. Das syrische Regime hat seinen territorialen Anspruch auf Rojava viele Male betont, aber während der vergangenen 7 Jahre war es nicht in der Lage, diesen Anspruch tatsächlich durchzusetzen. Der wichtigste Nebeneffekt der türkischen Invasion ist, dass sie Rojava dem syrischen Regime als einzig verbliebenem möglichen Verbündeten ausliefert. Während die USA die kurdischen Kräfte als temporär

nützliche Alliierte und Bodenstruppen für den Kampf gegen Daesh benutzten, gibt es für Assad nichts „Nützliches“ an Rojava selbst.

Für das syrische

Regime ist es schlicht und einfach eine illegitime Verletzung seiner Souveränität. Der einzige Grund für Assad, Rojava in den vergangenen Jahren zu verschonen, war, dass es für das Regime weit wichtigere Kriegsziele gab. Mit dem Siegeszug im syrischen Bürgerkrieg wird nun unverhofft eine „Lösung“ für Rojava greifbar, die auch den Konflikt mit der Türkei zu befrieden imstande ist, und die sich in der Sotschi-Vereinbarung abzeichnet. Auch wenn die Regime von Assad und Erdogan im syrischen Bürgerkrieg GegnerInnen waren, haben sie sich gleichermaßen bei der Unterdrückung der KurdInnen verdient gemacht. Wie aus den 1990er-Jahren bekannt ist, taugt dies durchaus als Grundlage einer Zusammenarbeit beider Regierungen. Kurz gesagt: Wenn das selbstverwaltete Rojava als letztes Überbleibsel der Revolte von 2011 beseitigt ist, erleichtert das eine einvernehmliche Lösung zwischen Türkei, Syrien, Iran und Russland. Eine

gute Nachricht ist das bestimmt nicht.

Niedergang der US-Hegemonie

So umstritten

der plötzliche Truppenabzug in den USA auch ist, kennzeichnet er doch das Anerkennen der Tatsache, dass Russland als imperialistische Hegemonialmacht in Syrien das Heft in der Hand hat. Er bedeutet auch ein Scheitern des Versuches, dem iranischen Streben nach Einfluss in Syrien Einhalt zu gebieten. Es ist auch davon aufzugehen, dass der Iran gegen die verbliebenen Elemente kurdischer Selbstbestimmung vorgehen wird.

Die PYD und

damit die Führung von Rojava betrachtete ihre Beteiligung an der

Anti-Daesh-Koalition als Garantie gegen eine türkische Invasion. Wie zu erwarten, ließ der US-Imperialismus seinen einstigen Verbündeten fallen – und bringt damit Rojava an den Rand seiner Existenz.

Doch die

Kurdische PYD war kein unschuldiges Opfer dieser Politik, sie selbst hing der Illusion an, bei diesem Zweckbündnis auch profitieren zu können und machte sich die Hoffnung zu eigen, im Windschatten der US-Präsenz ein „anderes“ Gesellschaftsmodell aufbauen zu können. Diese Politik scheiterte – und war von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Das größte Problem

dieser Bündnispolitik bestand und besteht darin, dass sie verhindert hat, die Verteidigung von Rojava mit dem Klassenkampf in der Region und insbesondere der

Türkei zu verbinden. Dass Rojava zum Gegenstand imperialer und regionaler Konflikte werden musste, liegt naturgemäß daran, dass seine bloße Existenz die territorialen und machtpolitischen Interessen mehrerer Staaten berührt. Dass die KurdInnen dabei zum politischen Spielball der russisch-amerikanischen Rivalität wurde, lag natürlich immer im zynischen Kalkül dieser Mächte.

In diesem

Kontext war es natürlich auch legitim, ja untermeidlich, die imperialistische Gemengelage etwa im Kampf gegen Daesh zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die Politik der PYD ging jedoch weit darüber hinaus, so dass sie sich zum Verbündeten einer reaktionären Mächtegruppe, des US-Imperialismus wurde.

Das hätte jedoch

nur verhindert werden können, wenn die PYD einen internationalistischen Kurs der aktiven Verbindung mit den demokratischen Kräften der Syrischen Revolution und des „Arabischen Frühlings“, mit dem Widerstand in der Türkei, im Irak oder auch in Palästina verfolgt hätte. So hätte z. B. die Blockade gegen Rojava durch

die irakisch-kurdische Regierung zum Gegenstand des Klassenkampfes gemacht werden können durch die Mobilisierung der irakisch-kurdischen Massen. Die PYD befolgte jedoch tatsächlich die Politik der „Nichteinmischung“. Sie hoffte ein quasi-staatliches Reformprojekt – eine „Kommune“ auf Basis von Marktwirtschaft und Warenproduktion – aufbauen zu können, indem sich Rojava möglichst aus dem syrischen BürgerInnenkrieg und allen anderen großen Umbrüchen raushält. Dieses Konzept musste scheitern, spätestens mit der Niederlage und Degeneration der syrischen Revolution und dem Sieg Assads und des russischen Imperialismus.

Solidarität mit Rojava! Nein zur türkischen Invasion! Nein zum Deal von Sotschi!

Unabhängig von den politischen Differenzen mit der PYD treten wir für die Solidarität mit Rojava, die Verteidigung seiner demokratischen und sozialen Errungenschaften – der rechtlichen Gleichstellung der Frauen und des kurdischen Selbstbestimmungsrechtes.

Die ArbeiterInnenklasse, RevolutionärInnen, ja alle demokratischen Kräfte müssen für den sofortigen Abzug der türkischen Besatzungstruppen und ihrer reaktionären Verbündeten eintreten! Dasselbe trifft für russische und syrische Truppen zu! Wir lehnen auch jede weiteren Verbleib von US-Truppen oder Stationierung von UN-Friedenstruppe, wie von Kamp-Karrenbauer vorgeschlagen, kategorisch ab.

Die KurdInnen und die Bevölkerung von Rojava brauchen keine Besatzungstruppen, um sich gegen die Banden des Daesh und andere reaktionäre Kräfte zu verteidigen, sondern

wirkliche Kontrolle über Rojava! Um sich zu verteidigen, brauchen sie Waffen und Material. Zugleich aber brauchen ein Ende des Wirtschaftsembargos durch Türkei oder Irakisch-Kurdistan. Die imperialistischen Mächte und Regionalmächte, die auf allen Seiten für die Verwüstungen des Bürgerkrieges, für die Toten und Zerstörungen im Kampf gegen Deash mitverantwortlich sind, müssen gezwungen werden, wirkliche Aufbauhilfe zu leisten, indem sie für die Schäden durch die Zerstörung durch Angriffe und Bombardements aufkommen.

Die Forderung

nach Rückzug der Türkei stellt heute eine zentrale Forderung jeder Solidaritätsbewegung für Rojava dar. Diese muss mit der nach einem sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und militärischen Kooperation verbunden werden.

Gegen Erdogans

Drohung, die Geflüchteten in der Türkei in den Sicherheitskorridor zu zwingen, fordern wir die Öffnung der EU-Außengrenzen für die Geflüchteten. Nur wenn wir die rassistische Abschottung hier bekämpfen, können wir auch verhindern, dass die Flüchtlinge für Kriegsziele des türkischen Nationalismus missbraucht werden.

Wir rufen daher

zur Unterstützung aller Solidaritätsaktionen und Demonstrationen mit der kurdischen Bewegung auf! Wir fordern die Aufhebung des Verbots der PKK und aller anderen kurdischen und türkischen linken und demokratischen Organisationen in der BRD und in der EU!

Nein zur türkischen Invasion! Solidarität mit Rojava!

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1072, 9. Oktober 2019

Am 9. Oktober begann der türkische Angriff auf das kurdische Rojava mit Luftschlägen, Bombardements und heftigem Artilleriefeuer. Der türkische Präsident Erdogan und die Armee des Landes ließen schon seit Tagen keinen Zweifel daran, dass ein blutiger Angriff von langer Hand vorbereitet war.

Das türkische Regime betrachtet eine Besetzung Rojavas oder zumindest von Teilen des kurdischen Kantons als sein „Recht“, das ihm als Regionalmacht bei der Neuordnung Syriens zustehe. Die kurdische Bewegung wird ebenso wie die PKK und alle anderen kurdischen Kräfte in der Türkei als „terroristisch“ verleumdet - ein durchsichtiges Manöver, um den Angriff auf Rojava mit fadenscheinigen Gründen zu legitimieren.

Den öffentlich verkündeten Abzug bzw. Rückzug von US-Truppen verstand nicht nur die Türkei als Signal, dass die USA ihre einstigen Verbündeten, die kurdische PYD (Partei der Demokratischen Union) und von ihr dominierten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF), endgültig fallengelassen haben. Schon 2018, als die türkische Armee und von ihr unterstützte islamistische Milizen das kurdische Efrîn okkupierten und ein eigenes Terrorregime errichteten, versagten die USA ihren Verbündeten jegliche Hilfe.

Dies offenbart einmal mehr: Wer sich auf einen imperialistischen Verbündeten verlässt, ist am Ende selbst verlassen. Die kurdischen Selbstverteidigungskräfte PYD, YPG/JPG und die SDF trugen

bekanntermaßen die Hauptlast im Krieg gegen den klerikal-faschistischen sog. „Islamischen Staat“ (IS). Auch wenn wichtige Teil des US-Militärs, der Republikanischen und Demokratischen Partei ähnlich wie die meisten europäischen

ImperialistInnen mit Trumps Syrien-Politik nicht übereinstimmen, eine härtere Gangart gegenüber Erdogan fordern und die SDF längerfristig als Verbündete und

Fußstruppen für die eigenen Interessen halten wollen, betrachten letztlich auch sie die kurdische Bewegung nur als Mittel zum eigenen, imperialen Zweck. Das Bündnis der PYD mit den USA hat den türkischen Angriff letztlich nicht aufgehalten, sondern nur aufgeschoben auf den Moment, wo es den USA nicht mehr nützlich erschien.

Ziele der Türkei

Nun wird die Türkei unter Erdogan versuchen, die Lage zu ihren Gunsten zu nutzen, um einen bis 20-30 Kilometer tiefen „Korridor“ an der türkischen Grenze zu errichten und zumindest Teile der kurdischen Gebiete zu annektieren. Mit dem russischen Imperialismus, den der Despot vom Bosphorus sicherlich fürchtet, dürfte Erdogan ein Abkommen erzielt haben. Darauf deuten jedenfalls seine eigenen Aussagen hin. Die zeitweilige Überlassung von Teilen des syrischen Grenzgebietes scheint auch eine Art Entschädigung für die Übergabe der Kontrolle der Region um Idlib an Assad und seine SchergInnen darzustellen. Auch wenn Erdogan die Invasion als Zeichen der Stärke darstellt, so sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Türkei ihre Kriegsziele in Syrien in den letzten Jahren herunterschrauben musste. Mit dem Sieg des Assad-Regimes musste sich Ankara längst abfinden. Nur die Vernichtung jeder Form kurdischer Selbstbestimmung und Autonomie, die Vernichtung eines „KurdInnenstaates“ bleibt als Kriegsziel, das jedoch mit brutaler und mörderischer Konsequenz verfolgt wird.

Daher wird die PYD als „terroristisch“ diffamiert. Die

türkische Öffentlichkeit soll durch die gleichgeschalteten Medien – unter tatkräftiger Mithilfe der nationalistischen Opposition – auf Krieg eingeschworen werden. Mittels enormer waffentechnischer Überlegenheit soll die von ihren NATO-Verbündeten (und neuerdings auch von Russland) hochgerüstete Armee die kurdische Bevölkerung demoralisieren und die KämpferInnen der SDF, von YPG und YPI durch massive Bombardements vernichten oder vertreiben. Islamistische Milizen und demoralisierte Einheiten der ehemaligen FSA, die praktisch zu Erdogan-SöldnerInnen mutierten, sollen zumindest die an die Türkei grenzenden Gebiete Rojavas besetzen, die kurdische Bevölkerung und alle weiteren vertreiben, die sich ihrer Herrschaft von Erdogans Gnaden nicht beugen wollen.

Erdogans Invasion, würde sie Erfolg haben, liefe praktisch auf die ethnische Säuberung dieser Gebiete hinaus, die von der türkischen Armee und ihren reaktionären Verbündeten besetzt wären. Die Vertreibung Hunderttausender in einem immer kleineren und immer unhaltbareren „Restkanton“ Rojava ist Teil des Plans, alle Formen und Institutionen kurdischer Selbstverwaltung zu vernichten.

Dies stellt das eigentliche Kriegsziel der Türkei dar, mit dem die USA und die EU, aber auch Russland, Iran und Assad durchaus leben können. Letzterer bietet zur Zeit zwar den KurdInnen seinen „Beistand“, doch dieser ist freilich nur zu haben, wenn sich die PYD vollständig seinem Regime, seiner Armee, seinen Interessen unterordnet. Gerade die Erfahrung des Bündnisses mit dem US-Imperialismus sollte den KurdInnen klarmachen, dass solche opportunistischen Abenteuer letztlich nicht ihnen, sondern nur ihren „Verbündeten“ nutzen, die sie jederzeit fallenlassen werden, wenn es ihnen opportun erscheint. Eine solche opportunistische Politik hilft nicht nur den ImperialistInnen oder reaktionären Regimen, sie unterminiert auch die Möglichkeit, dort Verbündete zu finden, wo es allein verlässliche für die kurdischen Massen geben könnte – unter den ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in den arabischen Ländern, in der Türkei, im Iran wie auf dem ganzen Globus.

Das Erdogan-Regime war immer eine aktive Partei im Kampf um die reaktionäre Erstickung der ursprünglich demokratischen syrischen Revolution. Es war immer an der Vernichtung der kurdischen Bewegung in Syrien und erst recht in der Türkei interessiert. Jetzt versucht die Regionalmacht, sich ihren Anteil an der „Beute“ und damit ein „Mitspracherecht“ bei der zukünftigen Ordnung Syriens zu sichern.

Zynisch versucht Erdogan auch das sog. „Flüchtlingsproblem“ zu lösen. Hunderttausende syrische Geflüchtete sollen aus der Türkei oder der Provinz Idlib in den zu erobernden Gebieten Rojavas „angesiedelt“ werden. Gefragt werden sie dabei nicht. Auch sie sollen gegen die kurdische Bevölkerung und Bewegung in Stellung gebracht werden, um eine spätere „Ordnung“ auf nationalistischen Gegensätzen und Unterdrückung der KurdInnen aufzubauen.

Internationale Gemengelage

Gegen die offen reaktionäre Politik erheben die VertreterInnen der EU, darunter auch die Bundesregierung, „Bedenken“. Der scheidende EU-Kommissionspräsident Juncker fordert die Einstellung der türkischen Angriffe, zumindest aber ein „verhältnismäßiges“ Vorgehen. Der deutsche

Außenminister will ebenfalls eine Einstellung des Angriffs und fordert die Türkei auf, „ihre Sicherheitsinteressen auf friedlichem Weg zu verfolgen“ – eine diplomatisch verlogene Formulierung, die bei aller Kritik am Erdogan-Regime implizit anerkennt, dass es in Rojava legitime Sicherheitsinteressen verfolgt. Solche „FreundInnen“ werden für die KurdInnen keinen Finger rühren. Erstens sind sie (und wohl auch große Teile des US-Establishments) an einer Türkei interessiert, die ökonomisch nicht zusammenbricht und auch nicht ins Lager von Putin abwandert. Zweitens kritisieren sie zwar Erdogans Flüchtlingspolitik als zynisch – aufnehmen wollen sie aber selbst keinen einzigen Menschen aus Syrien. Zur Not lassen eben auch sie einmal mehr die KurdInnen fallen.

Erdogan und die türkische Regierung sind sich dieser politischen Gemengelage bewusst. Sie wissen, dass sie, abgesehen von Rhetorik, bei einer Invasion, die sich auf Teile Rojavas beschränkt, relativ wenig unmittelbare Probleme zu erwarten haben, solange Russland diese toleriert.

Damit will die türkische Armee zugleich das Risiko großen, dauerhaften Widerstandes verringern. Sie könnte militärische Erfolge als Mittel nutzen, von den inneren Problemen im Land, allen voran der ökonomischen Krise, abzulenken. Schließlich erweist sich „das Volk“ für den nationalistischen Wahn dann am empfänglichsten, wenn das „eigene“ Land Siege vorzuweisen hat. Ein Sieg Erdogans würde daher nicht nur für hunderttausende EinwohnerInnen Rojavas und für das kurdische Volk eine barbarische Niederlage bedeuten, er soll auch dazu dienen, die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in der Türkei an „ihren“ Präsidenten zu binden, also Erdogan und seine Herrschaft im eigenen Land zu stärken.

Sieg für Rojava!

Daher müssen die gesamte internationale ArbeiterInnenbewegung, die Linke, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte gegen die drohende Invasion der Türkei mobilisieren und, für den Fall des Angriffs, für deren Niederlage eintreten. Wir treten für den Sieg der SDF und der kurdischen Selbstverteidigungskräfte ein - und damit auch dafür, dass sie die Mittel für diesen Sieg erhalten.

Der Kriegstreiber Erdogan wird nur gestoppt werden können, wenn Millionen in Solidarität mit Rojava demonstrieren, wenn das türkische Regime und die Armee selbst unter Druck geraten. Jede militärische Unterstützung, jede Waffenlieferung an die Türkei muss sofort beendet werden. Die ArbeiterInnenbewegung, allen voran die Gewerkschaften, müssen die

militärische und wirtschaftliche Unterstützung Erdogans durch Streiks und ArbeiterInnenboykotts unterlaufen.

Die Grenzen der EU müssen für die syrischen Flüchtlinge geöffnet werden, auch um zu verhindern, dass sie für Erdogans Krieg missbraucht werden. Während die EU und andere imperialistische Staaten Erdogan verhalten kritisieren und die KurdInnen für ihren Kampf gegen den IS loben, so verweigern sie diesen nicht nur Hilfe – sie verfolgen vielmehr weiter kurdische Organisationen wie die PKK in Europa. Damit muss Schluss sein – Aufhebung aller Verbote kurdischer und türkischer revolutionärer, linker und demokratischer Organisationen in der EU und in Deutschland!

Auch wenn die Türkei die Invasion in Rojava beschränken will und daher zu vermeiden sucht, dass es zu einer offenen Konfrontation mit syrischen, russischen, iranischen oder auch verbliebenen US-amerikanischen Streitkräften kommt, so kann der Angriff sehr wohl zu einem Flächenbrand werden. Der Nahe Osten ist längst zu einem zentralen Aufmarschgebiet im Kampf um die Neuaufteilung der Welt geworden – daher kann jeder Konflikt auch entgegen den unmittelbaren Kriegszielen und Absichten der einzelnen AkteurInnen internationalen, globalen Charakter annehmen. Auch daher muss die internationale ArbeiterInnenbewegung gegen den türkischen Angriff mobilisieren. Ein erzwungener Rückzug der türkischen Armee oder ein erfolgreicher Widerstand der KurdInnen könnten jedoch in Verbindung mit dem Aufbau einer internationalen Solidaritätsbewegung, von Protesten, Streiks und Demonstrationen auch zu einer fortschrittlichen Internationalisierung der Auseinandersetzung führen – nämlich zur engeren Verbindung der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten in der Türkei, Syrien, im Iran oder auch dem Irak.

- Beteiligt Euch an den Solidaritätsdemonstrationen und Aktionen!

- Demos gegen den türkischen Angriff: <https://tatortkurdistan.noblogs.org/>
-

Thesen zur kurdischen Frage

Liga für die Fünfte Internationale, Juli 2018, Revolutionärer Marxismus 51, Mai 2019

Einleitung

Die kurdische nationale Frage und der Widerstandskampf sind in den letzten Jahren und insbesondere seit 2014 in den Vordergrund gerückt. Die arabische Revolution und die Ergebnisse der US-Besetzung des Irak haben zu einer Desintegration Syriens und des Irak geführt, wodurch Irakisch-Kurdistan und auch Rojava de facto Formen der Unabhängigkeit von „ihren“ Zentralstaaten und quasi-staatliche Strukturen etabliert haben.

Auch wenn die kurdischen Führungen, so unterschiedliche wie die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) im Irak, die PYD (Partei der Demokratischen Union) in Rojava (Demokratische Föderation Nordsyrien) oder die PKK (ArbeiterInnenpartei Kurdistans) in Nordkurdistan, behaupten, die bestehenden Staatsgrenzen nicht in Frage stellen zu wollen, wird von Tag zu Tag klarer, dass die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes im Rahmen dieser bürgerlichen Staaten nicht überwunden werden kann. Ob das kurdische Volk in den verschiedenen Staaten für die Selbstbestimmung kämpft, indem es eine größere Autonomie innerhalb ihrer

erreicht oder einen gemeinsamen kurdischen Staat bildet – es ist klar, dass die bestehenden Regime und herrschenden Klassen nicht bereit sind, dieser Nation die nationalen und demokratischen Rechte einzuräumen. Als revolutionäre MarxistInnen unterstützen wir dieses Recht rückhaltlos.

Eine dauerhafte

Lösung der kurdischen Frage kann nur im Rahmen des Kampfes gegen die nationale

Unterdrückung und gegen die politisch-soziale Ordnung, die vom Imperialismus, der türkischen, arabischen und persischen Elite seit dem Ersten Weltkrieg aufgebaut und verteidigt wird, gefunden werden. Die irakischen und syrischen Staaten waren ein Produkt der Grenzen, die der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches damals erzwang. Die sozialen Gegensätze

innerhalb dieser Gesellschaften verschärften sich mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung 1990, den Kriegen gegen den Irak und der Durchsetzung des Neoliberalismus bis hin zur gegenwärtigen Situation, in der die Lebensfähigkeit dieser Staaten in Frage steht und es sehr schwer zu erkennen ist, wie ihre Stabilität, auch mit extrem reaktionären Maßnahmen, wiederhergestellt werden kann.

Die

Bedeutsamkeit der kurdischen Frage muss im Kontext der allgemeinen historischen

Krise der politischen und sozialen Ordnung im Nahen Osten verstanden werden.

Nach dem

Zusammenbruch der Sowjetunion und der Nachkriegsordnung wollten die USA als

verbliebene, scheinbar allmächtige Weltmacht eine „neue Weltordnung“ durchsetzen, die ihre Hegemonie dauerhaft machen sollte. Die Kontrolle über den Nahen Osten wurde als Schlüssel angesehen, um das Entstehen neuer globaler KonkurrentInnen zu verhindern. Die Kriege gegen den Irak und dessen

endgültige

Besatzung müssen im Rahmen dieser geopolitischen Strategie verstanden werden.

Aber die USA und

ihre Verbündeten erwiesen sich als unfähig, dem Irak, trotz schneller militärischer Siege, ein neues, dauerhaftes Regime aufzuzwingen. Durch die Zerschlagung der sunnitischen ba'athistischen Herrschaft zerstörten sie auch den größten Teil des irakischen Staatsapparats und destabilisierten das Land. Letztlich waren die US-Besatzungstruppen selbst zu einem demütigenden Rückzug

aus dem Irak gezwungen und hinterließen ein reaktionäres, sektiererisches, jetzt schiitisch dominiertes Regime in Bagdad, eine völlig entfremdete sunnitische Bevölkerung, aber auch eine kurdische Region, die ein hohes Maß an Unabhängigkeit angenommen und sich mehrere Jahre lang aus den sektiererischen

Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen und schiitischen Kräften herausgehalten hatte.

Die Unfähigkeit

der USA, eine dauerhafte Ordnung durchzusetzen, spiegelt letztlich wider, dass ihr Vormarsch in den 1990er und frühen 2000er Jahren - also während des Höhepunkts der „Globalisierung“ - auf einem weitgehend spekulativen Wirtschaftsaufschwung und nicht auf einer erfolgreichen Umstrukturierung der Weltwirtschaft beruhte, die die aus den 1970er und 1980er Jahren hinterlassene strukturelle Überakkumulation von Kapital hätte überwinden können.

Der Ausbruch der

großen Krise 2007/08 eröffnete eine neue Periode, die den Arabischen Frühling hervorbrachte. Der Irak war bereits weitgehend zerfallen, doch nun sah sich das syrische Regime, das sich seit den 1990er Jahren als Verbündeter des Imperialismus präsentiert hatte, der Welle der arabischen Revolutionen gegenüber, die sich in einen Bürgerkrieg verwandelte und zur Schaffung halb-unabhängiger kurdischer Regionen in Syrien (Rojava) führte.

Sowohl im Irak

als auch in Syrien hatten die ba'athistischen Regime extrem repressive, autoritäre Regime mit tief in die Gesellschaft eindringenden Sicherheitsapparaten errichtet. Ihr arabisch-nationalistischer Charakter ging auch Hand in Hand mit der Verweigerung grundlegender Formen kurdischer demokratischer Rechte (ganz zu schweigen vom Recht auf Selbstbestimmung) und war manchmal extrem repressiv, gewährte aber auch gelegentlich begrenzte kulturelle Rechte. Aber diese Regime enthielten auch ein Element von Einbeziehung der Massen durch korporatistische Maßnahmen, Subventionen und Mäzenatentum.

Doch die reaktionären Kriege, die Saddam Hussein (im Namen der USA) führte, und dann die US-Besatzung im Irak unterminierten dies. In Syrien bewegte sich das ba'athistische Regime unter seiner neuen Führung durch Baschar al-Assad mehr in Richtung westlicher Imperialismus und nahm in den 2000er Jahren neoliberale Wirtschaftsmaßnahmen an, die auch seine soziale Basis verengten.

Die Schwächung

der US-Hegemonie in den 2000er Jahren veranlasste andere imperialistische Mächte, ihren Einfluss im Nahen Osten (wieder) zu etablieren, ebenso wie sie aufstrebende Regionalmächte ermutigte zu versuchen, das „Vakuum“ zu füllen, das von zusammenbrechenden Staaten wie Irak und Syrien ausging. So wollten verschiedene Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien, Iran, Israel oder sogar Katar von der Situation profitieren. In weiten Teilen des Irak und Syriens hatte sich der semi-faschistische konterrevolutionäre „Islamische Staat“ (ISIS) auf weiter Fläche etabliert - selbst ein konterrevolutionäres Ergebnis der US-Besetzung, der Politik des Assad-Regimes, der politischen Krise der Führung der syrischen Revolution und des direkten Einflusses der Türkei, Katars und anderer Regime. Der Vormarsch von ISIS zeigte nicht nur eine extreme Form der Konterrevolution, sondern auch den künstlichen Charakter der Grenzen und Staaten nach dem Ersten Weltkrieg. Auch wenn sich sein „Staat“ als kurzlebig erwies, ist die politische und wirtschaftliche Situation, die ihn in erster

Linie überhaupt erst hervorgebracht hat, durch seine militärische Niederlage und den Verlust seines Territoriums nicht gelöst worden.

Daher ist es

durchaus wahrscheinlich, dass sich die anhaltende Krise des irakischen und syrischen Staates und der verstärkte Kampf um eine Neuaufteilung der Einflussphären zwischen den regionalen Mächten (Saudi-Arabien, Iran, Israel, Türkei) sowie den ImperialistInnen (derzeit vor allem den USA und Russland) in den kommenden Jahren auf Jordanien und den Libanon und darüber hinaus ausweiten

werden. Während das türkische und das iranische Regime relativ stabil scheinen, sind sie selbst von inneren Widersprüchen geplagt, die durchaus explodieren könnten - vor allem, wenn wir in der kommenden Zeit mit einer weiteren globalen wirtschaftlichen Rezession konfrontiert werden. Dies wurde durch die Wirtschaftskrise, Protestdemonstrationen und Spaltlinien innerhalb des iranischen Regimes zum Jahreswechsel 2017/18 bestätigt. Trotz Erdogans Wahlsieg

2018 droht auch die ökonomische Krise die Grundlagen seiner Herrschaft in der Türkei zu untergraben.

In dieser

Situation können wir auch erwarten, dass der westliche Imperialismus trotz Obamas und nun Trumps Versicherung, Truppen abziehen zu wollen, offener eingreift, um nicht nur seinen eigenen Einfluss zu stärken, sondern auch den Russlands zurückzudrängen. Mit der Niederlage der syrischen Revolution hat Russland bewiesen, dass es eine globale imperialistische Macht ist, die ihren Einfluss im Nahen Osten verstärkt. Und die USA und die europäischen ImperialistInnen werden ihre einschlägigen Strategien in der Region neu justieren müssen, um den wachsenden Einfluss Russlands nicht nur in Syrien, sondern auch im Iran und in der Türkei einzudämmen. Die Trump-Strategie zur Unterstützung Israels, Saudi-Arabiens und ihrer engeren Verbündeten bei gleichzeitiger Erhöhung des Drucks auf den Iran bedeutet jedoch, dass die Unterschiede zwischen den USA und mehreren EU-Mächten selbst stärker herausgestellt werden, ebenso wie China, das als Weltmacht aufsteigt, zunehmend

gezwungen sein wird, seine politische Aufmerksamkeit auf die Region zu lenken.

In den

vergangenen Jahren, nach einer Zeit der Drohungen, in Syrien einzugreifen, taten die USA dies eher zögerlich, da sie keine klare Strategie hatten, wie der Nahe Osten neu geordnet werden sollte. In Syrien haben sie de facto das Überleben des Assad-Regimes als „kleineres Übel“ gegenüber dem Islamischen Staat im Jahr 2014 akzeptiert. Die FSA (Freie Syrische Armee) ist eine Kraft, die weitgehend versagt hat, obwohl ihre Führung und der Syrische Nationalrat (SNC) mehr als bereit waren, sich mit den USA und der Türkei zu verbünden. Die FSA selbst erwies sich als Dachorganisation und nicht als politische Kraft, so wie sich die Koordinierungsausschüsse der syrischen Revolution bestenfalls als politisch impotent herausstellten. Im Irak würde eine stärkere westliche Intervention schließlich eine zweite Besatzung mit Hunderttausenden von SoldatInnen erfordern, mit eher ungewissem Ausgang.

Einige Teile der

US-Regierung spielten vor diesem Hintergrund mit dem Gedanken der Bewaffnung der KurdInnen als ihren „natürlichen Verbündeten“. In Syrien sind die USA sogar dazu übergegangen, die kurdisch geführten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (DKS) mit Waffen zu versorgen, darunter die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten, Teile der FSA und Quwwat as-Sanadid (sunnitisch-arabische Schammar-Stammesmiliz; „Kräfte der Mutigen“).

Dies hat zu weiteren Spannungen mit der Türkei geführt, die den USA die Unterstützung von „TerroristInnen“ vorwirft, aber auch innere Widersprüche der US-Politik offenbart, da die PKK nach wie vor als „terroristische Organisation“ von USA und EU verfolgt wird, während die PYD mehr oder weniger offen unterstützt wird. Die Bewaffnung und Ausbildung der irakischen KurdInnen, der Peschmerga, (Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan; „Die dem Tod ins Auge

Sehenden“) durch die USA, aber auch durch den deutschen Imperialismus, erschweren die Beziehungen zum Regime in Bagdad und drängen es mehr auf Teheran

zu. So achteten die ImperialistInnen sogar in den kurdischen Regionen im Irak

darauf, die Provinz nicht zu einem „echten“ Staat oder einem Anziehungspunkt für separatistische Bewegungen oder nationale Aufstände oder die Schaffung eines größeren kurdischen Staates in der Region zu machen.

Derzeit sind sich alle ImperialistInnen und auch alle regionalen Mächte (zumindest offiziell) einig, dass die Grenzen der verschiedenen Staaten nicht angetastet werden dürfen. Es darf kein neuer Staat entstehen, aber offensichtlich könnten von den verschiedenen Mächten neue Einflusszonen aufgebaut werden wie ein von der türkischen Armee kontrollierter Korridor in Nordsyrien. Der Islamische Staat stellte dies stillschweigende Territorialabkommen von der erzreaktionären Seite her in Frage. Aber es ist wirklich ein echtes Problem. Die Halb-Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete im Irak und in Rojava stellt auch die bestehende staatliche Ordnung allein durch ihre Existenz in Frage. Eine Wiedereingliederung in den irakischen oder syrischen Staat ohne eine vollständig siegreiche Revolution würde zwangsläufig dazu führen, dass das kurdische Volk eine Reihe demokratischer und nationaler Rechte aufgeben müsste, die es in den letzten Jahren erreicht hat. Es würde zu einer Wiederherstellung seiner nationalen Unterdrückung führen, sobald sich ein bürgerliches syrisches oder irakisches Regime stark genug fühlte, dies zu tun.

In Rojava schlossen die PYD und die kurdischen Streitkräfte ein weitreichendes Militärbündnis mit den USA. Es hat die geteilten und militärisch schlecht organisierten Teile der FSA und die „gemäßigte“ Opposition als bevorzugten US-amerikanischen Verbündeten in Syrien effektiv ersetzt. Mit Hilfe der USA erwiesen sich die kurdischen Streitkräfte als wirksam bei der Rückeroberung von Gebieten, die zuvor von ISIS besetzt waren. Für die USA ist der Zweck der Allianz ganz klar. Sie beabsichtigen, die kurdischen Streitkräfte zu nutzen, um ein Mitspracherecht bei der Neuordnung Syriens einzufordern. Aber der Zweck und das Bündnis beschränken sich auch darauf. Die USA wollen natürlich keine weitere Verschlechterung der Beziehungen zur Türkei riskieren. Deshalb hat Washington wirtschaftliche und technologische Hilfe für Rojava abgelehnt und,

was noch wichtiger ist, die Forderungen nach kurdischer Autonomie in einem künftigen Syrien nicht unterstützt.

Die Türkei

hingegen hat ihr Ziel, Assad zu beseitigen, aufgegeben. Sie wirft vielmehr ihr Gewicht (und die Teile der syrischen Opposition, die sie kontrolliert) in eine „Friedensinitiative“ in Absprache mit Syrien, Iran, Russland und der Türkei. Diese Regime haben erfolgreich jede kurdische Vertretung bei der sogenannten „Astana-Konferenz“ blockiert, die die sogenannten „Friedensgespräche“ der UNO abgelöst hat. Gleichzeitig hat Russland die türkische Eroberung von Afrin durch die Öffnung des Luftraums zugelassen. Die USA haben ihrerseits ihren kurdischen Verbündeten ohne Zögern fallen gelassen. Dies hat den türkischen Einfluss bei der Neuordnung Syriens gestärkt und den kurdischen Formen von Selbstverwaltung oder Autonomie, ganz zu schweigen von einem unabhängigen Staat, einen weiteren Riegel vorgeschoben. Es ist jedoch klar, dass es, je mehr sich das syrische Regime unter russischem Schutz und mit iranischer Unterstützung wieder konsolidiert, die kurdischen Regionen sein werden, deren demokratische Errungenschaften und Formen der Autonomie massiv angegriffen werden.

Im Irak

markierte das Jahr 2017 einen Wendepunkt für die kurdische Region. Seit dem Sturz Saddam Husseins hatte sie unter der Führung der bürgerlich-nationalistischen und proimperialistischen PDK (einschließlich der Eingliederung der anderen, wichtigsten kurdischen Partei, der PUK) eine gewisse Selbstverwaltung aufgebaut. Die Niederlage von ISIS im Irak, der wachsende Einfluss des Iran und die Angst der USA, in Bagdad noch mehr Einfluss zu verlieren, wenn man sie mit Unterstützung für kurdische Selbstverwaltung identifiziert, führten jedoch dazu, dass die Spannungen mit der irakischen Regierung zunahmen. Darüber hinaus befürchteten auch die Türkei und der Iran, obwohl sie der Barzani-Führung in Irakisch-Kurdistan seit einigen Jahren nicht feindlich gesinnt waren, dass der benachbarte kurdische Quasi-Staat Bewegungen

für Autonomie und Selbstbestimmung (wenn nicht gar Unabhängigkeit) im eigenen

Land fördern würde. Als die kurdische Regierung in Nord-Irak ein Referendum über die Unabhängigkeit abhielt, erhielt sie eine überwältigende Zustimmung (92 Prozent). Aber es bewies, dass die kurdischen FührerInnen nicht nur nicht in der Lage waren, es umzusetzen, sie mussten sich auch aus umstrittenen Gebieten in Kirkuk vor irakischen Truppen und schiitischen Milizen zurückziehen. Der darauf folgende politische und wirtschaftliche Druck der irakischen Regierung, der Türkei und der USA (die wollen, dass die KurdInnen auf Ölkonzessionen an russische Konzerne verzichten, um diese multinationalen US-Unternehmen zu gewähren) hat erneut gezeigt, dass die kurdische Selbstbestimmung gegen das Interesse aller Mächte verstößt.

Nach dem

Wahlerfolg der HDP (Halkların Demokratik Partisi = Demokratische Partei der Völker) im Jahr 2015 beendete der türkische Staat den „Friedensprozess“ mit der PKK und der kurdischen Bewegung. Bereits vor Erdogans Gegenputsch zur Errichtung einer bonapartistischen Präsidialdiktatur wurde der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wieder aufgenommen, indem Städte bombardiert und von der Bevölkerung abgeschottet wurden. Seit Sommer 2016 haben sich der Krieg und die Kriminalisierung der Bewegung (und anderer demokratischer Kräfte) enorm beschleunigt.

Tausende von

HDP-FührerInnen und -Mitgliedern wurden kriminalisiert, ins Gefängnis gesteckt, verurteilt, von ihren Arbeitsplätzen entlassen. Während die kurdische Miliz in Rojava eine positive Medienberichterstattung erhielt, verheimlichten die europäischen Länder die stillschweigende türkische Unterstützung für antikurdische Kräfte in Syrien (einschließlich des Islamischen Staates). Sie engagieren sich weiterhin stark für die Unterstützung der Türkei im Kampf gegen die PKK, verbieten kurdische Organisationen in der EU, verfolgen kurdische politische AktivistInnen als „TerroristInnen“ und liefern sie an den türkischen Staat

aus. Sie weigern sich, den kurdischen Opfern von Erdogans Krieg oder den meisten türkischen demokratischen Oppositionellen Aufnahme zu gewähren.

Im Iran war die kurdische Bewegung relativ still – als Folge der schweren Niederlage nach der „Islamischen Revolution“ und der Schaffung einer islamistischen, klerikalen Diktatur, die die meisten kurdischen Parteien ausgelöscht und die Bewegung fast atomisiert hat. Berichte über die Protestbewegung, die am 17. Dezember begann, legen jedoch nahe, dass die kurdische Bevölkerung Teil der Aktionen gegen das Regime ist.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidschan ist die kurdische Minderheit in die reaktionäre nationalstaatliche Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten verwickelt worden und wird wahrscheinlich darunter zu leiden haben.

Die kurdische nationale Frage und der Befreiungskampf ist eine Schlüsselfrage der Revolution im Nahen Osten. Die nationale Selbstbestimmung des kurdischen Volkes – bis hin zum Recht auf Abspaltung von den jeweiligen Staaten – stellt deren Existenz und die der gegenwärtigen imperialistischen Ordnung in Frage.

Das bedeutet, dass der kurdische Befreiungskampf eng mit dem Schicksal des revolutionären Kampfes im gesamten Nahen Osten, der arabischen, türkischen, persischen ArbeiterInnen und BäuerInnen, verbunden ist. Doch im letzten Jahrhundert haben es die Führungen der kurdischen Nationalbewegung immer wieder versäumt, den Befreiungskampf mit Nachdruck fortzusetzen und an das Schicksal der Revolution in der gesamten Region zu binden. Heute streben die proimperialistischen, bürgerlich-nationalistischen Führungen, die sowohl eng mit den GroßgrundbesitzerInnen verbunden sind als auch mit der sich entwickelnden kapitalistischen Klasse im

Nordirak (PDK und PUK), nach kurdischen Rechten, indem sie ein Bündnis mit den herrschenden Klassen ihres Staates sowie den regionalen und imperialistischen Mächten suchen. Die PKK/PYD will es schaffen, kurdische demokratische Rechte in den bestehenden bürgerlichen Staaten (Türkei, Syrien) zu etablieren und die imperialistische Ordnung des Nahen Ostens grundsätzlich nicht in Frage zu stellen. Während man offensichtlich zwischen einer völlig proimperialistischen bürgerlichen Führung wie im Nordirak und einer kleinbürgerlich-nationalistischen wie der PKK/PYD unterscheiden muss, wird die Strategie beider eher zu einer Niederlage als zu einer Befreiung der kurdischen Massen führen.

Die kurdische Nation und der Befreiungskampf vor dem Ersten Weltkrieg

Um die aktuellen inneren Probleme der kurdischen Bewegung und Schlüsselfragen der Strategie und Taktik zu verstehen, ist es jedoch notwendig, einen Blick auf die Geschichte des kurdischen Volkes und seinen Kampf zu werfen.

Die kurdischen Kämpfe im 19. und 20. Jahrhundert haben bisher immer wieder zu Niederlagen geführt. Allzu oft wurden Führer kurdischer Aufstände im 19. Jahrhundert im Osmanischen oder Persischen Reich - zumeist Fürsten - von anderen kurdischen Aristokraten verraten. Im 20. Jahrhundert, seitdem wir tatsächlich von der Entstehung einer modernen nationalen Bewegung sprechen können, wurden die oft kleinbürgerlichen (manchmal offenen bürgerlichen) Führer von Befreiungskämpfen,

Aufständen usw. von anderen kurdischen Führern (und natürlich von imperialistischen oder regionalen Mächten, mit denen sie sich verbündet hatten) hintergangen.

Für uns

MarxistInnen ist es jedoch wichtig, die Gründe dafür zu verstehen. Sie müssen in der Stammesstruktur, der sozialen Basis der kurdischen Gesellschaft selbst, gefunden werden. Aufgrund der Bergregionen, in denen das kurdische Volk lebte, war Viehzucht die vorherrschende Form der wirtschaftlichen Tätigkeit. Die meisten Stämme waren NomadInnen. Da der Reichtum des Stammes stark von der Größe seiner Herden und des Landes, das er zum Weiden für sein Vieh nutzen konnte, abhängig war, kam es häufig zu Zusammenstößen zwischen den kurdischen Stämmen, die oft zu Kriegen führten.

Mit der Errichtung

des Osmanischen und des Safawiden-Reiches im 16. Jahrhundert entstand eine Klassengesellschaft. Vom 15. bis zum 19. Jahrhundert begannen sich die Menschen niederzulassen, aber ein wesentlicher Teil, wenn nicht die Mehrheit blieb nomadisch. Das Land war jedoch noch kein Privatbesitz, sondern gehörte dem Stamm. Die Stammesführer verwandelten sich in eine Adelsschicht, die dazu neigte, größere politische Formationen zu bilden. Es gab jedoch keine kleinen Feudalwesen, sondern oft Miniaturversionen des Osmanischen oder Persischen Reiches, die selbst Formen des asiatischen Despotismus verkörperten, obwohl die osmanischen Herrscher auch Ansätze von feudalem Landbesitz schufen und förderten. Während die kurdischen Adligen eine gewisse politische Zentralisierung anstrebten und einige ihrer Städte für gewisse Zeit zu kulturellen Zentren wurden, wurde die Entwicklung eines kurdischen despotischen Staates durch äußere Faktoren (andere Reiche, Invasionen von türkischer oder mongolischer Seite, aber auch durch die inneren sozialen Grenzen) blockiert. Erst im 19. Jahrhundert wurde das gemeinsame Land in Privateigentum der herrschenden Klasse verwandelt (eigentlich unter dem

wachsenden Zustrom von europäischem Kapital in das Osmanische Reich, was wiederum die Zentralisierungstendenzen innerhalb dessen verstärkte).

Dies erklärt,

warum trotz der langen Geschichte des kurdischen Volkes eine nationale Bewegung

im modernen Sinne erst an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstand, obwohl einige moderne nationalistische Elemente bereits früher zu beobachten waren. Die kurdischen Aufstände im 19. Jahrhundert wurden durch die Stagnation

des Osmanischen Reiches und damit seine Angriffe auf die Autonomie der verschiedenen Fürstentümer in diesem Reich verursacht. Außer beim Aufstand in Botan 1853-55 spielte die Masse der kurdischen BäuerInnen eine sehr geringe Rolle. Oft wurden die Aufstände von einer Koalition aus osmanischen und anderen kurdischen Truppen niedergeschlagen.

Gegen Ende des

19. Jahrhunderts änderte das Osmanische Reich jedoch seine Haltung gegenüber dem kurdischen Adel. Die Stagnation und wachsende Verschuldung des Imperiums

führten zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast für die ländlichen Massen. Gleichzeitig wollte der Sultan den kurdischen Adel einbeziehen und gewährte ihm immer mehr Privilegien und Ämter - während er von ihm erwartete,

dass er alle bäuerlichen Unruhen zerschlug, was er auch tat. Viele der kurdischen Stammesführer wurden nun Offiziere, Paschas (höchste Zivilbeamte und

Militärs). Für die Kinder des kurdischen Adels wurden spezielle Schulen eingerichtet. Ironischerweise und sicherlich gegen die Absicht des Staates kamen diese jungen StudentInnen und späteren BeamtInnen, ÄrztInnen, JuristInnen, SchriftstellerInnen dadurch mit bürgerlichen Ideen in Berührung, einschließlich des bürgerlichen Nationalismus. 1898 wurde die erste kurdische Zeitschrift (Kurdistan) gegründet. In einer Reihe von kurdischen Zentren/Städten wurden politische Klubs/Gesellschaften und auch einige paramilitärische Formationen gegründet. Es entwickelte sich eine kurdische

nationale Bewegung, die zunächst von der „Jungtürken“-Bewegung sowie von der entstehenden arabischen und armenischen Nationalbewegung beeinflusst und geprägt war. Während und nach dem Aufstand der Jungtürken 1908 organisierte diese kurdische Bewegung auch einige kurzlebige Aufstände. Wie im 19. Jahrhundert spielte die BäuerInnenschaft bei diesen Aktionen eine untergeordnete Rolle.

Die Zersplitterung des kurdischen Volkes zwischen verschiedenen Reichen und dann zwischen fünf verschiedenen Staaten führte auch dazu, dass die kurdischen Dialekte nie in einheitliche/r Sprache und Schrift geregelt und überführt wurden.

Von Anfang an, durch die gesamte Geschichte der kurdischen nationalen Bewegung hindurch, können wir eine Spannung zwischen den Versuchen, eine allkurdische Bewegung über die bestehenden Grenzen hinaus zu schaffen, und der Entwicklung kurdischer nationalistischer Bewegungen beobachten, die sich auf die verschiedenen Staaten, in denen sie operierten, konzentrierten, wenn nicht gar auf diese beschränkten. Dies ging sogar so weit, mit anderen Unterdrückerstaaten verschiedener kurdischer Bewegungen zusammenzuarbeiten. Das wahrscheinlich schlimmste Beispiel hierfür war der Einsatz kurdischer Truppen durch türkisches Militär beim Völkermord an den ArmenierInnen.

Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, kurdische Bewegung und Klassenstruktur der kurdischen Gesellschaft

Der Erste

Weltkrieg und die Schaffung der imperialistischen Ordnung in der Folgezeit markierten eine historische Niederlage für das kurdische Volk. Während des Krieges und im Vertrag von Sèvres (1920) hatten die französischen und britischen ImperialistInnen und die VertreterInnen des Osmanischen Reiches dem kurdischen Volk einen kurdischen Staat versprochen. Auch wenn dies nur etwa ein

Drittel des kurdischen Territoriums umfasst hätte, so bedeutete dagegen der Vertrag von Lausanne (1923), der die heutigen Grenzen der Türkei anerkennt, dass die KurdInnen keinen Staat erhielten, sondern zwischen fünf Staaten (Türkei, Iran, den britischen und französischen Kolonialgebieten - heute Irak und Syrien - und der Sowjetunion, heute Armenien) aufgeteilt waren.

In der Folgezeit

kam es zu einer Zunahme der Unterdrückung der KurdInnen und ihrer Kultur in den

verschiedenen Staaten wie z. B. dem Verbot der Sprache in der Türkei. Dies führte zu einer Reihe von kurdischen Aufständen, darunter auch zu verschiedenen

Versuchen, eine allkurdische Bewegung zu organisieren. Von da an bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verlagerten sich die Zentren des kurdischen Widerstands von der Türkei 1925-38 in den Irak 1943-45 und in den Iran 1942-46, wo die Republik Mahabad (offiziell Komara Kurdistan; Republik Kurdistan) im Januar 1946 gegründet wurde, um nach dem Abzug der sowjetischen Truppen durch Stalin

vom Schah vernichtet zu werden. In dieser Zeit wurde der Grundstein für die spätere Demokratische Partei Kurdistans, die PDK, unter Barzani, gelegt.

Gleichzeitig begannen sich die sozialen Strukturen der verschiedenen Staaten, in denen sich die KurdInnen befanden, auseinanderzuentwickeln, wenn auch nicht

in kürzester Zeit, da der wirtschaftliche Fortschritt schleppend verlief.

Ein

signifikanter Unterschied betraf die Haltung der „Gaststaaten“ gegenüber der landbesitzenden Klasse der KurdInnen. In der Türkei hat der Staat sie systematisch in die offiziellen Parteien aufgenommen und sie gegen kurdische

BäuerInnen und landlose ArbeiterInnen unterstützt. Infolgedessen förderte die führende Klasse innerhalb der kurdischen Bevölkerung nicht die nationalistische Bewegung, sondern stellte sich auf die Seite des Unterdrückerstaates. Im Gegensatz dazu unterstützten im Iran und Irak die großen Gutsbesitzer wie der Barzani-Clan, der oft fälschlicherweise als Feudalherr bezeichnet wurde, die PDK. Diese Unterschiede sollten die kurdischen Bewegungen in den verschiedenen Staaten nachhaltig beeinflussen.

Doch während der Nachkriegszeit begannen sich die sozialen wie wirtschaftlichen Strukturen – auch die auf dem Lande – klarer zu verändern. Die Türkei erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg eine anhaltende Konzentration von Land in den Händen von GroßgrundbesitzerInnen und in der Folge eine wachsende Zahl von landlosen BäuerInnen, die teilweise gezwungen waren, ihre Arbeitskraft als LandarbeiterInnen zu verkaufen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Einführung von Maschinen in den 1950er und 1960er Jahren haben die im Vergleich zu den westtürkischen Regionen (ganz zu schweigen von den globalen Entwicklungen) relativ geringe Produktivität und die Rückständigkeit nicht verändert, aber dennoch zwangen sie Millionen dazu, vom Land in die Großstädte wie Istanbul oder nach Westeuropa zu wandern. In der Türkei entstand ein kurdisches Proletariat von mehreren Millionen – aber nicht in Kurdistan. Während es in den türkischen Teilen Kurdistans eine sehr wichtige, bedeutende Klasse kapitalistischer GrundbesitzerInnen gab, bildete sich eine sehr schwache industrielle oder kommerzielle Bourgeoisie, oft mit nur kleinen Unternehmen.

Im Iran war die Entwicklung anders. Hier hatten die bescheidenen Landreformen nicht nur die kurdischen LandbesitzerInnen in die Opposition gedrängt. Sie führten in den 1950er und 1960er Jahren auch zu einem Rückgang der landlosen BäuerInnen und einem Wachstum des Landanteils kleinerer und mittlerer BäuerInnen, wobei die kurdischen Regionen wie in der Türkei wirtschaftlich eher rückständig blieben und nur kleinere Industrien haben, obwohl die kurdischen Regionen im Iran einen höheren Anteil an städtischer Bevölkerung haben (etwa 50 Prozent).

Im Irak wurden

auch die kurdischen Regionen einer (bescheidenen) Landreform unterzogen, die zu

einem erhöhten Anteil kleinerer BäuerInnen an Land geführt hat. Wie bescheiden die Reform war, zeigt die Tatsache, dass sich noch auf der Höhe dieses Prozesses etwa die Hälfte des Landes im Besitz von GroßgrundbesitzerInnen wie Barzani befand. Zudem ist dieser Prozess seit den 1970er Jahren durch die zunehmende Verschuldung der KleinbäuerInnen eher umgekehrt worden. Im Gegensatz zu allen

anderen Teilen Kurdistans ist der irakische Teil reich an Ölfeldern (im Vergleich dazu sind die syrischen und iranischen Felder in/an den kurdischen Gebieten weniger bedeutend). Dies hat im letzten Jahrzehnt zu einem fieberhaften Wachstum im kurdischen Irak, zu enormen Investitionen und auch zur

Schaffung einer kurdischen ArbeiterInnen- und Mittelschicht in der Region geführt. Angesichts der relativ kleinen Bevölkerung könnten die von ihr beherrschten Ölreserven und

-felder eine

Einnahmequelle für die wirtschaftliche Entwicklung sein. Es ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Frage, ob ein kurdischer „Ölstaat“ entstehen wird, sondern offensichtlich steht dieses Projekt auch vor großen politischen Hindernissen.

Die Volksabstimmung im irakischen Kurdistan (obwohl sie eine massive Unterstützung für die kurdische Selbstverwaltung demonstrierte) führte auch zu einer politischen Niederlage der kurdischen Regionalregierung, zum Verlust der Kontrolle über umstrittene Gebiete an die irakische Regierung und machte auch deutlich, dass keine imperialistische Macht bereit ist, die Selbstbestimmung der KurdInnen zu unterstützen, selbst wenn diese von einer Regierung geführt und gelenkt wird, die sich den imperialistischen Mächten unterordnen will.

In Syrien sind

die kurdischen Regionen überwiegend agrarisch, aber mit einer relativ hohen Produktivität, als einer der landwirtschaftlich lebensfähigsten Teile Syriens, der für die großen Märkte in den Städten des Landes produziert. In den drei

Bezirken von Rojava, lebt die kurdische Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land. Viele der Städte sind arabisch oder christlich (oder haben einen hohen Prozentsatz davon). Die arabisch-nationalistische Politik des Ba'athismus bedeutete auch, dass viele der KurdInnen ihre Staatsbürgerschaft als Teil einer bewussten Politik der „Arabisierung“ (unter Hafiz al-Assad) in den kurdischen Regionen verloren haben. Auch eine Übertragung des Landes vom kurdischen auf die arabische Bevölkerung fand statt.

Da Menschen ohne Staatsbürgerschaft das Land nicht besitzen konnten, haben sie bisher nicht von einer Landreform, die arabische Grundherren betreffen würde, profitiert.

Schließlich darf man nicht vergessen, dass es eine kurdische ArbeiterInnenklasse gab, vor allem in den großen Städten wie Aleppo.

Das Fehlen einer gesamtkurdischen Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse bedeutete auch, dass die kurdische nationale Befreiungsbewegung nicht nur historisch verspätet kam, sondern dass sie oft entlang der verschiedenen Nationalstaaten zersplittert war. Es gibt materielle Wurzeln, warum sich die unterdrückte kurdische Nationalität in dieser Richtung entwickelte, obwohl versucht wurde, sie zu überwinden (z. B. durch die Gründung der PDK im Irak, Iran, Syrien und für kurze Zeit auch in der Türkei).

Es gibt tatsächliche materielle Gründe für die Schwierigkeiten, eine einheitliche nationale Befreiungsbewegung aufzubauen: Erstens ist zu nennen die überwiegende Landbevölkerung, die BäuerInnenschaft als größte Klasse. Wo die kurdischen Bewegungen zu Massenbewegungen, Parteien, Guerillakräften wurden, fanden sie ihre Massenbasis in der BäuerInnenschaft und Kleinbourgeoisie, manchmal unter der politischen Führung der GroßgrundbesitzerInnen.

Zweitens führten

die unterschiedliche Entwicklung der wichtigsten Staaten, in denen sich die kurdische Bevölkerung befindet, und die voneinander abweichende Entfaltung ihrer

Klassenstruktur dazu, dass der Rhythmus des kurdischen politischen Lebens und des Klassenkampfes in der Nachkriegszeit auseinandergingen.

Drittens, und

damit verbunden, schienen die Grenzen der Nationalstaaten, in die die KurdInnen aufgeteilt waren, unüberwindbar. Die meisten Bewegungen hatten Anfang der 1990er Jahre den Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgegeben; die

PKK sollte bald folgen. Es ist jedoch eine gewisse Ironie in der Geschichte, dass sich dieser Zustand grundlegend geändert hat. Die gescheiterte Neuordnung des Nahen Ostens durch die USA, die Besetzung und Verwüstung des Irak und die arabische Revolution in Syrien haben nicht nur extrem repressive Regime in Frage gestellt, sondern auch die Existenz der von ihnen regierten Staaten.

Schließlich ist

der Umgang der verschiedenen kurdischen Kräfte mit der nationalen Frage stark von bürgerlichem Nationalismus und Stalinismus geprägt. Dies bedeutete, dass die Klassengegensätze auf dem Land und in den Städten oft heruntergespielt, wenn nicht gar ignoriert wurden. Die massive Unterdrückung stellte auch ein echtes Hindernis für die Integration der kurdischen Massen in demokratische oder progressive Bewegungen in verschiedenen Ländern dar. Dennoch darf man nicht übersehen, dass es ein starkes Element der Integration der kurdischen ArbeiterInnenklasse (z. B. in der Türkei, aber auch im Iran und von MigrantInnen in Europa) in die ArbeiterInnenklasse ihrer jeweiligen Länder gibt. Diese wurden allgemein als außerhalb des „echten“ Kampfes betrachtet – was auch

bedeutete, dass jene AktivistInnen oder KämpferInnen, die versuchten, über die Grenzen ihrer nationalistischen oder stalinistischen Organisationen hinauszugehen, tatsächlich auch auf die politischen Grenzen – den Nationalismus – von Organisationen wie der PKK stießen. Letztere organisierte zumindest das kurdische Volk in Massenorganisationen, hauptsächlich zur Unterstützung des

kurdischen nationalen Kampfes, während die offenen bürgerlichen Organisationen dies nicht einmal versuchten. Solch ein Spannungsverhältnis zwischen der Integration in die politischen Kämpfe in den verschiedenen Ländern und dem Nationalismus kann man an der HDP sehen.

Die Politik der PDK/PUK und der PKK

Es wäre jedoch falsch, den Mangel an internationaler kurdischer Widerstandsbewegung, die Schwäche ihrer Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse nur als eine mechanische Spiegelung der sozialen Struktur des kurdischen Volkes zu sehen. Die Dominanz des bürgerlichen Nationalismus und des Großgrundbesitzes auf der einen Seite (PDK) und der stalinistischen Etappenstrategie (PKK) bedeutete, dass die beiden dominierenden Kräfte innerhalb der kurdischen Bewegung seit einem halben Jahrhundert oder länger eine politische Perspektive hatten, die sich tatsächlich auf den nationalen Kampf in den Ländern konzentrierte, in denen sie ihre Basis hatten.

Die PDK hatte ihren Ursprung im Irak und auch, wenn sie eine ganze Zeit lang die führende Kraft der kurdischen Bewegung im Iran und in Syrien war, konzentrierte sie sich nicht nur auf den Kampf im Irak, sondern war auch bereit, ihre Schwesterparteien in diesen Ländern für Bündnisse mit dem iranischen Regime, insbesondere gegen die irakischen Herrscher, zu opfern. Dies hat in den verschiedenen Ländern zu Spaltungen der kurdischen Parteien geführt, die sich auf die Seite reaktionärer Herrscher stellten (Schah und Chomeini [Khomeini]), im Falle der PDK und der PUK (Patriotische Union Kurdistans) im Irak; Saddam Hussein im Falle der iranischen KurdInnen).

Ein zweites

Spaltungsthema in der Geschichte der PDK war die Agrarfrage - wenn auch manchmal nur als Vorwand. Die PUK um Talabani (und die parallelen Abspaltungen in Syrien) forderten alle eine radikalere Agrarpolitik und Landreform gegen die „feudalen“ Elemente der Familie Barzani. Während das meiste davon demagogisch war - und sowohl die PDK als auch die PUK, selbst wenn sie sich mit der Sowjetunion verbündet hatten, von Großgrundbesitzern geführt wurden, spiegelt es auch die zentrale Bedeutung der Agrarfrage für die kurdische Revolution wider, eines Themas, das alle kurdischen Parteien nicht mit Nachdruck angegangen sind.

Die Begründung, die die PDK und die PUK dafür lieferten, war stark beeinflusst von der stalinistischen Etappentheorie. Die kurdische Selbstbestimmung, sei es in Form von Unabhängigkeit, Autonomie oder Selbstbestimmung, müsse zuerst geschaffen werden. Vorher würden „Experimente“ wie die Agrarreform (ganz zu schweigen von der Revolution auf dem Lande) nur „das Volk spalten“ - entlang Klassenlinien, könnte man hinzufügen.

Die PKK hatte nie materiellen Rückhalt bei den GroßgrundbesitzerInnen, die auf Seiten des türkischen Staates mit Waffen gekämpft haben und weiterhin kämpfen, der sie auch ermutigt hat, paramilitärische Einheiten (die sogenannten Dorfschützer) gegen die Guerilla und ungehorsame Bäuerinnen und LandarbeiterInnen aufzubauen.

Als die PKK gegründet wurde, erklärte sie auf maoistische Weise die nationale Unterdrückung (und die koloniale Ausbeutung) Kurdistans zum bestimmenden Hauptwiderspruch. Die nationale Frage müsse zuerst gelöst werden, bevor alle anderen demokratischen und sozialistischen Aufgaben angegangen und gelöst werden könnten (PKK-Programm 1984). Dies bedeutete, dass alle Fragen der demokratischen Revolution (v. a. die Landfrage) der „nationalen Revolution“ untergeordnet wurden.

Wie die PDK war

die PKK jahrelang bereit, über die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes in anderen Staaten zu schweigen, wenn dies ihrem Kampf in der Türkei diene. Jahrelang ließ das syrische Regime es zu, ihre KämpferInnen im Land auszubilden, und die PKK hat über die schwere Unterdrückung des kurdischen Volkes in Syrien geschwiegen. Erst als sich das syrische Regime Ende der 1990er Jahre mit dem türkischen Regime verbündete, Assad mit der PKK brach und die PYD, die Schwesterpartei der PKK in Syrien, schwer unterdrückte, änderte sich das.

Die

dominierenden Kräfte der kurdischen Bewegung, die PDK- und PKK-Traditionen, haben das kurdische Volk immer wieder enttäuscht, sind aber heute immer noch die Schlüsselkräfte. Sie regieren quasi einen Staat im Nordirak und die kurdischen Kantone in Syrien (Rojava). Dies hat nicht nur ihre Politik in den Vordergrund gerückt, sondern auch zu einer Situation geführt, in der sie als wichtigste

kurdische Kräfte international miteinander konkurrieren. Die Öffnung der Grenzen, die Kriegssituation im Irak und in Syrien, die Nähe zur Türkei bedeuten, dass die kurdische Frage nun wieder viel häufiger gestellt wird. Auch wenn die zukünftige Form der kurdischen Selbstbestimmung und Befreiung offen bleibt,

ist es fast unvorstellbar, dass diese unter einem wieder stabilisierten syrischen oder irakischen Staat ohne eine revolutionäre Erhebung der proletarischen und bäuerlichen Massen nennenswerte Form annehmen kann.

Diese

wiederum könnte nur erfolgreich sein, wenn sie den KurdInnen ihr Recht auf Selbstbestimmung einschließlich Sezession einräumen würde, falls sie dies wünschen. Dies allein würde einen massiven Einfluss auf die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak ausüben.

Eine

revolutionäre Strategie für die kurdische Befreiung würde es erfordern, den nationalen als Teil des revolutionären Kampfes im Nahen Osten und gegen die imperialistische Staatenordnung zu sehen. Sowohl die PDK als auch die PKK

nehmen trotz ihrer Unterschiede die bestehende staatliche Ordnung und auch die bestehenden Klassenverhältnisse als Rahmen für ihre eigene Politik, die sie zumindest ohne die Zustimmung des Imperialismus nicht in Frage stellen wollen. Die PDK hofft, dass sie in den kurdischen Gebieten ein sehr hohes Maß an Selbstverwaltung erlangt, einschließlich einer Erweiterung dieser Gebiete. Wenn der Imperialismus den Irak nicht wieder zusammenfügen kann, könnte dies sogar zu einem unabhängigen Staat führen, der mit Zustimmung der USA und anderer Mächte errichtet wird.

Selbst die PKK

befürchtet eine solche Entwicklung. Sie hat den Kampf für einen unabhängigen kurdischen Staat aufgegeben und durch den Kampf für „demokratischen Konföderalismus“ ersetzt. Gemeint sind demokratische Reformen innerhalb der bestehenden bürgerlichen Staaten. Dieses schwache und utopische Reformprogramm

steht im Widerspruch zur Geschichte, wo die Fragen der kurdischen Selbstbestimmung einschließlich der Bildung eines kurdischen Staates tatsächlich gestellt werden und echte Schritte in diese Richtung im Irak und in Syrien (hier von der PKK/PYD selbst) unternommen wurden.

Die PDK-Tradition

Von Anfang an

waren die PDK im Irak, aber auch Schwesterparteien in den 1940er und 1950er Jahren im Iran, Syrien oder der Türkei mit inneren sozialen Widersprüchen durchsetzt. Die städtische kurdische Intelligenz und die Mittelklassen waren gespalten über die Frage, auf welche soziale Kraft sie sich orientieren sollten, ob auf die Landbevölkerung oder die politischen Oppositionsparteien in den jeweiligen Ländern. In allen Regionen Kurdistans (abgesehen von denen in der Sowjetunion) lebte die große Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land, meist unter der Herrschaft der Landbesitzerklasse. Sie war oft in Konflikte mit den etablierten

Staaten geraten, die die Kontrolle der StammesführerInnen und ihrer bewaffneten Gruppen brechen wollten. Dies geschah jedoch oft in Form von lokalen Streitigkeiten, aber es führte nicht zu einer einheitlichen kurdischen Bewegung. Im Gegenteil, oft genug fungierten StammesführerInnen und Grundbesitzergruppen als Verbündete der Unterdrückerstaaten. Darüber hinaus waren sie gegen jegliche Landreform, ganz zu schweigen von einer Agrarrevolution, und gegen demokratische Reformen.

Es gab jedoch ein wichtiges Element, das Teile der Grundherren und auch religiöse FührerInnen in Opposition zu den Zentralstaaten trieb – das waren die Armeen von Staaten, die die gesamte kurdische Bevölkerung und sogar die Eliten mit Unterdrückung behandelten, selbst wenn sie Verbündete gewesen waren.

Die PDK wurde im Jahre 1946 in Mahabad, der kurzlebigen kurdischen Republik im heutigen Iran, gegründet. Seit ihrer Gründung war sie eine nationalistische Partei, die ihrem Programm eine Färbung gab, die von progressiv, demokratisch, sozialistisch, „marxistisch-leninistisch“, reformistisch bis zu konservativ, religiös geprägt war.

Im Laufe ihrer Geschichte wurde sie von der Familie Barzani, einem der großen Grundherren des irakischen Kurdistans, beherrscht – ebenso wie die Abspaltung, die PUK, die von Talabani geführt wurde.

Die PDK stand von Anfang an in einem Spannungsfeld. Während ihre FührerInnen angesichts der

Instabilität der Situation am Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst auf ein „Großkurdistan“ hofften, konzentrierten sich ihr Kampf und ihre Ambitionen viel stärker auf den Irak, insbesondere nach dem Fall der Mahabad-Republik. Im Irak schwankte sie zwischen Forderungen nach größerer kurdischer Autonomie, Perioden von Verhandlungen mit dem irakischen Regime und bewaffneten Kämpfen gegen es.

Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren eine Zeit des bewaffneten Kampfes, der Schaffung einer kurdischen Guerilla, der Peschmerga, die auch Teile des Territoriums kontrollierte. Im Jahr 1964 wurde ein Waffenstillstand mit der irakischen Regierung vereinbart, die den KurdInnen begrenzte Zugeständnisse anbot. Dies führte zu einer Spaltung der PDK (und schließlich zur Bildung der PUK). Das Politbüro der Partei um Talabani und Ahmed spaltete sich und behauptete, dass die Zugeständnisse unzureichend gewesen seien und zunächst kein Waffenstillstand hätte geschlossen werden dürfen. Barzani reagierte darauf, indem er jegliche Verhandlungen ablehnte, Talabani und seine AnhängerInnen aus Kurdistan vertrieb und eine neue Führung schuf.

In den 1960er Jahren war die PDK auf die Sowjetunion ausgerichtet und Barzani, ebenso wie später Talabani, behauptete sogar, eine marxistisch-leninistische Ideologie zu haben. Mit der Aufnahme der Verhandlungen mit dem irakischen Regime Anfang der 1970er Jahre änderte sich die Situation jedoch. Der Irak wurde mehr und mehr ein Verbündeter der Sowjetunion. Während Barzani anfangs hoffte, dass dies mehr Raum für ein Abkommen mit Bagdad über die kurdische Autonomie eröffnen würde, spielte das Regime eindeutig mit der kurdischen Bewegung. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto weniger schienen sie zu erreichen. Das irakische Regime spielte auf Zeit und kombinierte die Verhandlungen mit einem erneuten Drang zur „Arabisierung“, während es seine eigenen Truppen in Vorbereitung auf eine Offensive gegen die kurdische

Bewegung

konsolidierte. Die Sowjetunion, einst Unterstützerin der PDK, hatte sich schnell auf die Seite des geostrategisch viel wichtigeren irakischen Regimes gestellt. Als der Kampf mit den KurdInnen jedoch wieder aufgenommen wurde, machten Barzani und die PDK eine spektakuläre Wende – hin zu einem Bündnis mit dem Schah und den USA. Allerdings ließen beide die PDK und ihre Guerillakräfte fallen, nachdem das Regime in Bagdad einer Normalisierung mit den USA zugestimmt hatte.

Solche Abenteuer

und doppeltes Spiel prägen die gesamte Geschichte von Barzani und Talabani und ihrer jeweiligen politischen Kanäle, der PDK und der PUK.

Ebenso verrieten

die PDK und die PUK nicht nur die kurdischen ArbeiterInnen, die in ihren Strategien kaum eine Rolle spielten, sondern auch die kurdische BäuerInnenschaft. Selbst in ihren jeweiligen „marxistisch-leninistischen“ Phasen haben sie die stalinistische Etappenstrategie einfach dazu benutzt, die Unterordnung der BäuerInnenkämpfe oder jene der Frauen unter die „Hauptauseinandersetzung“, den nationalen Kampf, zu rechtfertigen.

In der Folgezeit

führte das wechselseitige doppelte Spiel kurdischer Führer gegeneinander wiederholt zu militärischen Kämpfen und Konflikten zwischen der PUK und der PDK. Der Niedergang der Sowjetunion und die Wende des Irak, der sich zu einem US-amerikanischen Bündnispartner gegen den Iran entwickelte, bedeuteten auch, dass das ba'athistische Regime freie Hand bei der Unterdrückung der kurdischen Gebiete hatte, was 1988 in dem barbarischen Massaker von Halabdscha gipfelte, wo 5000 ZivilistInnen durch Giftgaseinsatz getötet wurden.

Nach dem

Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wende der USA gegen das irakische

Regime

boten sich irakische KurdInnenführungen, in späteren Perioden auch die PKK, als Verbündete gegen Saddam Hussein an. Trotz eines Jahrhunderts des ständigen Verrats am kurdischen Kampf durch imperialistische oder regionale Mächte haben

die Führungen der PDK und der PUK nichts aus der Vergangenheit gelernt. Wenn es

in ihrer Politik in der Tat etwas Konsequentes und Dauerhaftes gibt, dann ist es die ständige Suche nach einem anderen imperialistischen oder reaktionären Verbündeten in der Region.

In den Augen der

kurdischen Führung schienen die Niederlagen der irakischen Armee, die Einrichtung einer Flugverbotszone durch die USA nach dem ersten Krieg gegen den

Irak und dann die Besetzung des Landes durch die USA ihre „Strategie“ zunächst einmal

bestätigt zu haben. Die kurdischen FührerInnen wurden in die irakische Regierungsmaschinerie integriert. Talabani wurde sogar Präsident des Irak. Die kurdische Region nahm in dieser Zeit ein gewisses Maß an Selbstverwaltung an und wurde so zu einem Halbstaat.

Aber diese

Selbstverwaltung war das Ergebnis der Krise des irakischen Staates und des Nahen Ostens. Sie war nur möglich, weil die historischen UnterdrückerInnen mit anderen, unmittelbareren und brennenderen Problemen beschäftigt waren. Außerdem

erlaubten die Ölreserven des Landes eine regelmäßige Ölrente, obwohl sie immer zwischen der kurdischen Regionalregierung und der zentralirakischen Regierung umstritten war. Dies galt insbesondere für die Ölreserven in der Region Kirkuk, aber auch für die Exportkontrolle. Die kurdische Regionalregierung kontrollierte de facto den Export über die Türkei, machte auch russischen InvestorInnen Zugeständnisse und zog ausländische Investitionen an. So entwickelte sich im irakischen Kurdistan sogar ein temporärer Spekulationsboom, der zu einem massiven Wachstum von Städten wie Erbil führte sowie auch einem Boom im

Bausektor. Die Ölrente bedeutete auch, dass Teile der kurdischen Bevölkerung in den staatlichen Sektor und ein System des Klientelismus integriert werden konnten. Dies bedeutete ebenfalls, dass ein großer Teil der ArbeiterInnenklasse im kurdischen Gebiet tatsächlich arabische oder andere nicht-kurdische ArbeiterInnen sind. So ist z. B. nur eine kleine Minderheit der ArbeiterInnen in der Ölindustrie kurdisch, und diese arbeitet in der Regel in der Verwaltung und nicht auf den Feldern.

Der Wohlstand

der kurdischen Region konnte jedoch nur unter günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen anhalten. 2017 markierte einen Wendepunkt. Die gescheiterte Hinwendung zu einem unabhängigen Staat oder zumindest zu einem größeren Maß an Autonomie und Kontrolle über das Ölfeld in der Region Kirkuk führte zu einer Katastrophe. Natürlich wollten die Menschen in den meisten Bereichen Unabhängigkeit und sind verständlicherweise beunruhigt über die Aussicht, unter einem reaktionären irakischen Regime zu leben, das sich mehr und mehr in Richtung Iran bewegt und in dem der Einfluss der erzreaktionären schiitischen fundamentalistischen Kräfte zunimmt.

Nach dem

Referendum jedoch schlug die irakische Regierung, unterstützt von den Westmächten und der Türkei, zurück. Die Mittel für die kurdische Region wurden gekürzt. Die türkische und irakische Regierung arbeiteten bei den Grenzkontrollen der kurdischen Region zusammen. Mit der Übernahme von Kirkuk

hat die irakische Regierung auch die Kontrolle über etwa die Hälfte der zuvor von den kurdischen Regionalbehörden kontrollierten Ölfelder übernommen.

Darüber

hinaus fordern die USA die Kündigung von Verträgen mit russischen Ölgesellschaften (im Wert von rund 4 Milliarden Dollar) und deren „Übergabe“ an US-Unternehmen.

All dies zeigt,

dass das PDK-Projekt, mehr und mehr Autonomie im Rahmen der bestehenden

(Un-)Ordnung zu erreichen, auf Sand gebaut wurde. Selbst ein bürgerlicher Marionettenstaat des westlichen Imperialismus könnte nur erreicht werden, wenn er zu einem wichtigen geostrategischen Gut einer der imperialistischen Mächte würde. Aber auch das ist momentan ausgeschlossen.

Doch die Politik

der kurdischen Führung im Irak hat die kurdischen ArbeiterInnen und BäuerInnen

zu politischen Werkzeugen in den Händen einer parasitären kurdischen Elite gemacht, deren eigene Herrschaft auf der Ausbeutung kurdischer und anderer ArbeiterInnen und BäuerInnen beruht, auf der Ablehnung jeder wirksamen Landreform, auf sozialer Unterdrückung, der Verweigerung demokratischer Rechte

für politische Oppositionsparteien. Die bürgerlich-nationalistische Politik der PDK und der PUK verhindert auch die Einheit mit kurdischen ArbeiterInnen und BäuerInnen in anderen Staaten - vor allem in der Türkei. Die kurdische Regionalregierung hat wiederholt türkische Übergriffe gegen PKK-Stellungen geduldet, wenn nicht sogar unterstützt. Sie hat auch die Versorgung von Rojava blockiert. Natürlich haben die kurdischen Behörden vielen AraberInnen und anderen Menschen, die vor dem Islamischen Staat geflohen sind - und sicherlich mehr als jede der viel reicheren europäischen „Demokratien“ - Zuflucht gewährt. Aber sie entfremden durch ihre nationalistische Politik und die Arbeitsteilung in den kurdischen Gebieten auch arabische und andere nicht-kurdische ArbeiterInnen. Ihre nationalistische Politik könnte auch zu Spannungen zwischen dem kurdischen Volk und den Flüchtlingen in den kurdischen Gebieten führen. Natürlich liegt die Hauptverantwortung für solche Spannungen beim arabisch-nationalistischen

Regime, der mörderischen Bedrohung durch religiöses Sektierertum und bei den ImperialistInnen, die seit Jahrzehnten jede Selbstbestimmung abgelehnt haben. Aber die Politik der PDK und der PUK und damit der kurdischen Regionalregierung ist kein Mittel, um den arabischen Nationalismus und den kurdischen Chauvinismus zu untergraben, sondern nährt selbst die Spaltung des irakischen Volkes nach nationalen und religiösen Gesichtspunkten.

Deshalb ist eine politische Alternative, eine ArbeiterInnenpartei, dringend notwendig. In der kurdischen Gemeinschaft präsentiert sich die PKK-Tradition als progressive, revolutionäre Antwort auf PDK und PUK. Wie wir jedoch sehen werden, wenn wir ihre Politik und Entwicklung untersuchen, bietet diese kleinbürgerliche Formation keine solche Alternative.

Die iranische kurdische Bewegung

Die iranische kurdische Bewegung folgt in vielerlei Hinsicht dem Muster der PDK im Irak. Von Anfang an stand die PDK unter starkem sowjetischen und stalinistischen Einfluss. Auf ihrem Gründungskongress hat sie sogar die Forderung nach einem kurdischen Staat zurückgezogen. Auch basierte die Partei auf einem Kompromiss zwischen den konservativen Clanführern und Grundbesitzern einerseits und den städtischen Mittelschichten und Intellektuellen andererseits.

Zunächst wollte die Sowjetunion kurdische Unabhängigkeitsbewegungen verhindern. Aber das Aufkommen des Kalten Krieges führte zu einer „offensiveren“ Politik im Iran, die die Schaffung von autonomen Gebieten der KurdInnen und Aseris (AserbaidshanerInnen) förderte. Dies ermutigte zur Gründung der Republik Kurdistan mit ihrer Hauptstadt Mahabad am 26. Juni 1946, die 11 Monate Bestand hatte.

Die PDK versuchte, eine Reihe demokratischer Reformen (Frauenrechte, Rechte der BäuerInnen, Steuern, Bildung) einzuführen und begann, eigene regierende und bewaffnete Institutionen mit sowjetischer Unterstützung zu schaffen. Eine Landreform scheiterte jedoch an der erfolgreichen Opposition der kurdischen StammesführerInnen und LandbesitzerInnen.

Die Unterstützung

der Sowjetunion gegen die iranische Armee war für die kurdischen und aserischen

Republiken militärisch entscheidend. Aber Stalin unterstützte den kurdischen Kampf nur insofern, als er ein Mittel war, um Druck auf das iranische Regime und somit den britischen und amerikanischen Imperialismus auszuüben. Aber als sich die sowjetisch-iranischen Beziehungen verbesserten, nachdem der Schah wichtige Ölkonzessionen gemacht hatte, überließ die Sowjetunion ihre kurdischen Verbündeten der Willkür der iranischen Armee.

Die PDK zerfiel

mit dem Fall von Mahabad. Viele ihrer KämpferInnen und Abspaltungen wurden Teil der Tudeh-Partei

(Partei der Massen/des Volkes Irans), der iranischen stalinistischen Partei.

Sie unterstützte zwar formell den Kampf gegen die nationale kurdische Unterdrückung, dies blieb aber weitgehend auf dem Papier. Nach dem Staatsstreich von 1953 wurde die Tudeh-Partei verboten, und die meisten ihrer FührerInnen mussten ins Exil gehen. All dies führte zu einer Vertiefung der Demoralisierung und Passivität in den folgenden Jahren.

Ende der 1950er

Jahre nach Barzanis Rückkehr in den Irak und Anfang der 60er Jahre wurde auch die PDK-Iran als

PDK-I neu organisiert. Anfang der 60er Jahre brachen die Beziehungen zwischen der irakischen und der iranischen PDK ab, weil das iranische Regime begann, die irakische PDK in ihrem Kampf gegen die irakische Regierung zu unterstützen. Die PDK wiederum stoppte die Unterstützung für die PDK-I - eines der vielen tragischen Beispiele für offenen Verrat an ihrem Volk durch kurdische FührerInnen.

All dies und die

Agrarreformen des Schahs vertieften die innere Verwirrung, den Fraktionalismus in der PDK-I, führten zu Spaltungen und politischem Hin- und Herschwanken zwischen Stalinismus und kurdischem Nationalismus, zwischen Opposition und

Unterstützung für Barzani. Andererseits entstand auch eine linke Abspaltung, das „revolutionäre Komitee“ der PDK-I, das sich nach links neigte und vom Maoismus inspiriert war. Seine militärischen Guerilla-Operationen wurden von der iranischen Armee mit Unterstützung der Barzani-Milizen unterdrückt, die einige seiner FührerInnen hinrichteten.

Die kurdische

Bevölkerung im Iran spielte eine aktive Rolle bei der iranischen Revolution und dem Sturz des Schahs. Nach den Feiern des Zusammenbruchs des Regimes dehnten

sich die lokalen Räte und Milizen, die im Kampf entstanden waren, aus. Formen der Selbstbestimmung entfalteten sich. Wie im gesamten Iran hätten die Schoras (räteähnliche Organisationen) und Milizen die Grundlage für eine revolutionäre ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung bilden und die Revolution dauerhaft machen können.

Aber auch die

Konterrevolution unter Chomeini wandte sich gegen die KurdInnen. Am 19. August

1979 wurde ein Verbotsurteil islamischer Autoritäten (Fatwa) gegen alle kurdischen

Oppositionen und Parteien erlassen. Allein im August wurden mehr als 60 kurdische KämpferInnen hingerichtet - der Beginn eines langwierigen Krieges des

Regimes gegen die KurdInnen, der mehrere Jahre andauerte.

Aber die

kurdische Bewegung sah sich nicht nur der islamistischen Konterrevolution gegenüber, sondern auch einem inneren Krieg zwischen der bürgerlichen PDK-I und

ihrer Forderung, zuerst die Revolution zu kontrollieren und dann einen Kompromiss mit den Mullahs zu suchen, und der linken Komala/Komalah (revolutionäre Organisation der Werktätigen in Kurdistan-Iran; dt:

Gesellschaft/Gemeinschaft). Sie entwickelte eine „marxistisch-leninistische“

Ideologie und versuchte ein Gemisch aus Formen der Volksmacht in der Revolution und der Etappentheorie zu konstruieren. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Chomeini in den 1980er Jahren schloss sie sich den militärischen Auseinandersetzungen mit dem Regime, aber auch Aktionen gegen die bewaffneten Einheiten der PDK-I an.

Während die Komala eindeutig eine linke Abspaltung und Entwicklung repräsentierte, führte sie trotz ihres HeldInnentums nicht zu einem vollständigen und konsequenten Bruch mit Maoismus, Guerillaismus und Etappenstrategie. Sie war jedoch wahrscheinlich die am meisten links gerichtete Kraft der kurdischen Bewegung, die eine Zeitlang während der iranischen Revolution eine MassenanhängerInnenschaft gewinnen konnte.

Die Konterrevolution unter dem islamistischen Regime und seine Konsolidierung nach dem Krieg gegen den Irak hat nicht, wie z. B. die FührerInnen der PDK-I gehofft hatten, eine Periode der „Versöhnung“ mit dem iranischen Regime eröffnet. In der Tat hat die Massenunterdrückung zu einer historischen Niederlage der kurdischen Bewegung und der ArbeiterInnenklasse geführt, von der sich das kurdische Volk im Iran noch erholen muss. Sie erklärt, warum der kurdische Kampf in den letzten Jahrzehnten anderswo akzentuierter und sichtbarer geworden ist.

Die PKK und ihre Transformation

Die PKK entstand in den 1970er Jahren. Sie verkörperte eine Reaktion der Kader der türkischen

Linken um Öcalan gegen die Verharmlosung der kurdischen nationalen Unterdrückung durch große Teile der türkischen Linken. Im schlimmsten Fall hat dies zu einer unkritischen Verehrung des Kemalismus und der Unterstützung für türkischen Sozialchauvinismus geführt. Die Kurdenfrage wurde zum „untergeordneten Widerspruch“ im demokratischen Kampf in der Türkei und gegen den westlichen Imperialismus und die NATO erklärt. Forderungen nach kurdischer Unabhängigkeit wurden entschieden zurückgewiesen.

Offensichtlich

waren Öcalan und die spätere PKK nicht die einzigen, die dies kritisierten. In der Tat fand eine Diskussion über das Wesen der kurdischen Unterdrückung und die Rückständigkeit der östlichen Regionen statt. Doch die vorherrschende Etappenideologie innerhalb der türkischen stalinistischen Linken zwang sogar diejenigen, die bereit waren zu akzeptieren, dass es Unterdrückung des kurdischen Volkes gab, zu glauben, es handele sich um einen untergeordneten Faktor. Sie war nicht in der Lage, das Thema im Rahmen eines Programms dialektisch anzugehen, das den ungleichen und kombinierten Charakter der Entwicklung erkennt und auf der Theorie der permanenten Revolution basiert.

Öcalan und seine

Gefolgschaft, selbst engagierte AnhängerInnen des Stalinismus, lehnten auch die Theorie der permanenten Revolution ab. Für sie war jedoch die kurdische nationale Unterdrückung der Hauptwiderspruch. Die Revolution in Kurdistan musste eine national-demokratische sein, und alle anderen Fragen wurden ihr untergeordnet. Ziel war die Befreiung des kurdischen Volkes, seine Selbstbestimmung und die Schaffung eines kurdischen bürgerlich-demokratischen Staates als nächster Etappe der „antikolonialen“ und „antifeudalen Revolution“.

Trotz ihres

Namens war die PKK nie eine ArbeiterInnenpartei, weder vom Programm her

noch in ihrer sozialen Zusammensetzung. Abgesehen von einigen Initiativen in der Anfangsphase zielte sie nicht darauf ab, sich auf die kurdische ArbeiterInnenklasse zu stützen. In den kurdischen Regionen war dies eine kleine, aber nicht unbedeutende Klasse. Unter der wachsenden Zahl kurdischer ArbeiterInnen in den türkischen Großstädten und in Westeuropa organisierte die PKK diese nur als UnterstützerInnen und als SpenderInnen für den „Hauptkampf/es“ – den um nationale Befreiung in Kurdistan.

Ihre wichtigste soziale Basis bildeten Intelligenz und ländliche Bevölkerung. Ihr wichtigstes Kampfinstrument war der Guerillakrieg, der Aufbau einer Guerillabewegung, die Kurdistan vom Land aus befreien sollte. Anders als die meisten türkischen Linken, die durch den Militärputsch 1980 zerschlagen wurden, konnte die PKK in den 1980er und frühen 1990er Jahren nicht nur überleben, sondern ihre Wurzeln in der kurdischen Bevölkerung sogar vertiefen. Sie wurde zur dominierenden Kraft der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan, zu einer kleinbürgerlich-nationalistischen Partei mit Massenanhang, die auch außerhalb der kurdischen Gebiete, u. a. in Westeuropa, Massenorganisationen zur Unterstützung ihres Kampfes schon früher organisierte.

Sie richtete sich eindeutig an verschiedene Schichten der kurdischen Gesellschaft, insbesondere an Jugendliche aus dem ländlichen und städtischen Kleinbürgertum. Darüber hinaus war die Frage der Frauenbefreiung immer ein wichtiges Thema, und die Guerilla zog viele Kämpferinnen an, die in speziellen Fraueneinheiten organisiert waren. Die PKK konnte die Militärdiktatur überleben, weil sie eine Zuflucht in Syrien finden und ihre Kräfte ausbilden konnte, aber auch wegen ihrer Wurzeln innerhalb der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und außerhalb davon.

Die 1990er Jahre brachten wichtige Veränderungen mit sich. Erstens zwang der Zusammenbruch

der

Sowjetunion und der stalinistischen Kaste auch die PKK, dies ihren AnhängerInnen zu erklären. Sie fand dies leichter als die meisten türkischen StalinistInnen, MaoistInnen oder HoxhaistInnen, da die PKK wegen der Unterstützung für die türkischen chauvinistischen Linken und des Verrats an kurdischen Kämpfen immer einige Vorbehalte gegenüber Moskau hegte. Der Zusammenbruch der herrschenden Bürokratien wurde durch eine „Entfremdung vom Volk“ und „Verweigerung der Demokratie“ erklärt. Offensichtlich hat sie einige der repressiven Merkmale des Stalinismus anerkannt, aber sie hat keine grundlegende, sondern eine oberflächliche Kritik entwickelt, die den Klassencharakter der „Demokratie“ herunterspielte und gesellschaftliche Planung per se als bürokratische Planung verstand.

Zweitens machte

die politische Situation Anfang der 1990er Jahre auch der PKK klar, dass der Guerillakampf die türkische Armee in Kurdistan nur binden konnte. Sie wäre nicht in der Lage, die türkische Armee zu besiegen. Zudem wurden die Beziehungen zum syrischen Regime (auf Druck der Türkei) schwieriger. Die US-Kriege gegen Saddam Hussein sahen die PKK auf beiden Seiten eine defätistische Position einnehmen, aber es entstand auch ein rechter Flügel, der sich mit den USA verbünden wollte.

Drittens führt

dies alles dazu, dass sich die PKK verstärkt „diplomatischen“ und „Friedensinitiativen“ zuwandte. Die Frage der Unabhängigkeit wurde mehr und mehr durch Forderungen nach Autonomie, Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und sozialen Reformen in den kurdischen Regionen ersetzt und schließlich zugunsten „demokratischer Initiativen“ aufgegeben. Während der Guerillakampf aufrechterhalten wurde, geriet er zum Druckmittel für einen „Waffenstillstand“ und „Verhandlungen“. Schon bevor Öcalan gefangen genommen wurde, hatte er mehrere Initiativen gegenüber den türkischen Regierungen versucht (Anfang der 1990er Jahre) und begann auch in Europa zu „toure“, um Unterstützung von

bürgerlichen Regierungen zu erhalten. Die türkische Regierung war jedoch nicht auf eine Einigung aus, sondern auf seine Kapitulation. Sie zwang Syrien nicht nur, die PKK-Basen zu schließen, sondern auch Öcalan auszuweisen, damit er schließlich gefangen genommen, zum Tode verurteilt (2002 in lebenslängliche Haft umgewandelt) und seitdem auf der Insel Imrali inhaftiert werden konnte.

Öcalans

Gefangennahme markierte eindeutig einen Wendepunkt für die PKK. Zuerst hat sie

Verwirrung gestiftet. Ihre erste Reaktion auf die Gefangennahme waren erhöhte Militanz und Abenteuerertum. Aber bald zog die Partei nach rechts. Ihr linker Flügel wurde unter anderem mit gewalttätigen Mitteln gesäubert, und nach einigen

Monaten wurde Öcalan wieder als Parteiführer eingesetzt.

Dies war nur

möglich, da die PPK eine kleinbürgerliche stalinistische Partei war. Sie hatte bereits einen eigenen Personenkult um Öcalan etabliert. Obwohl er sich in den Händen des türkischen Staates befindet, leitet er weiter die Partei, führt das Volk, die Bewegung an, die er korrigiert hat, indem er eine ganz neue Ideologie und Strategie erfunden hat, die die Partei, das Volk, die Bewegung umsetzen. Bei allem Hype um Demokratie, den die PKK jetzt betreibt, ist nur Öcalan als Führer „anerkannt“.

Es wäre jedoch

falsch zu behaupten, dass der ideologische Wandel, den die PKK in den späten 1990er Jahren und seither unter Öcalans Führung vollzogen hat, nur ein kosmetischer Trick war. Tatsächlich hat sie wichtige Elemente ihrer marxistisch-leninistischen, d. h. stalinistischen, Ideologie aufgegeben und sie durch eine zusammengeklautete Mischung aus Libertärianismus, Anarchismus, Postmodernismus ersetzt, während sie gleichzeitig nationalistische und stalinistische Züge beibehält.

Sie ersetzte das

Etappenprogramm der nationalen Befreiung und Machtergreifung durch die Ideologie des „demokratischen Konföderalismus“. Sie hat ein stalinistisches Programm gegen ein Programm des kleinbürgerlichen Sozialismus ausgetauscht, das

Elemente des Anarchismus, „Marxismus“, Reformismus, Nationalismus, Feminismus

zu einem populistischen Programm verbindet.

Für Öcalan,

dessen Anschauung dem Lehrbuch des Anarchismus entlehnt ist, ist der Marxismus

gescheitert, da er wollte, dass die Revolution die Staatsmacht ergreift und die ehemals unterdrückten Klassen als herrschende Klasse etabliert. Deshalb dürfe man nicht darauf abzielen, die Staatsmacht zu erobern, sondern müsse den bürgerlichen Staat von innen heraus überflüssig machen. Dazu bedürfe es Formen

der Selbstregierung, demokratische Rechte und vor allem Formen der Selbstverwaltung und „Räte“ als alternative, zukünftige

Vergesellschaftungsformen. Würden diese sich allmählich entwickeln und mit einem Programm zur (Um-)Bildung der Menschen in einer kooperativen, nicht repressiven Weise kombiniert, würde die bestehende kapitalistische Wirtschaft durch eine kooperative ersetzt und der Staat für die Menschen immer weniger wichtig werden.

Öcalan hat so

nicht nur den Stalinismus revidiert, sondern auch die marxistische Staatstheorie und das marxistische Verständnis von Kapitalismus und Warenproduktion. Er hat das Programm der Frauen und der nationalen Befreiung revidiert. Es ist nicht verwunderlich, dass es in seiner Politik für einige Zeit auch Spannungen in Bezug auf die Rolle der PKK selbst gab. Warum braucht man schließlich eine politische Partei, die das Volk führen soll, wenn man nicht die Absicht hat, die Macht zu übernehmen? Öcalans Antwort ist einfach: Sie muss seine Ideologie verbreiten und sicherstellen, dass die Menschen ihr folgen.

Kurzum, trotz der „klassenlosen“ demokratischen Utopie, die die PKK in den letzten Jahren gefördert hat, kann ihr kleinbürgerliches Programm nicht allein von der Demokratie umgesetzt werden. Natürlich machen die Unterdrückung der KurdInnen, die Kriege gegen sie, „reine Demokratie“ ohnehin utopisch. Aber dieses politische und wirtschaftliche Programm erfordert auch eine politische Kraft, eine Partei, die zwar innerhalb der Kampfstrukturen der ArbeiterInnen und BäuerInnen um deren Ausrichtung und demokratisches Funktionieren kämpft, aber mit diesen nicht identisch ist. Vielmehr muss sie neben oder mit anderen Strömungen der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückung um die politische Führung ringen.

In einer ArbeiterInnenrevolution entstehen Räte/Sowjets als Organe des Kampfes und der direkten Demokratie. Sie können ihr Potenzial nur dann entfalten, wenn die ArbeiterInnenklasse die ausgebeuteten und unterdrückten Massen an die Macht bringt, um ein Programm der Enteignung der KapitalistInnenklasse umzusetzen. Auf einer solchen wirtschaftlichen und sozialen Basis kann eine Arbeiterinnenregierung die gesamte Wirtschaft demokratisch planen. Die revolutionäre Partei kann durch Agitation und Propaganda die Führung für ein Programm gewinnen, das den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht und der bewusste Ausdruck der Aufgaben ist, die die Revolution der ArbeiterInnenklasse stellt. Das sind die Grundlagen, auf denen die revolutionäre Partei rechenschaftspflichtig, wählbar und abrufbar ist.

Dies ist auch der Grund, warum sowjetartige Organe nur in vorrevolutionären oder revolutionären Situationen entstehen und nur dann dauerhaft werden können, wenn sie die Macht ergreifen. Würden sie dies nicht und das wirtschaftliche Fundament der Gesellschaft nicht verändern, könnte die Führung der revolutionären Partei nicht zur führenden Kraft werden und würde einer konterrevolutionären Kraft Platz machen, die die Räte schließlich entwaffnen

oder in bürgerliche Institutionen integrieren würde. Wenn es der Revolution gelingt, einen ArbeiterInnenstaat zu schaffen, wird die ArbeiterInnendemokratie die Demokratie der ArbeiterInnen als herrschende Klasse sein, und sie wird reichlich sprießen, je mehr sich die Revolution ausbreitet und die Wirtschaft zum globalen Sozialismus entfaltet.

Der demokratische Konföderalismus hingegen sieht eine „Transformation“ in eine andere Gesellschaft vor, die versucht, eine „kooperative“ Produktion im Kapitalismus zu entwickeln. Sie versucht, sich in Richtung „Sozialismus“ zu bewegen, indem sie eine bestimmte Art von Privateigentum (Kooperativen) und eine politische Form (Rat) mittels des bestehenden Staates schrittweise erweitert.

Jede allgemeine Warenproduktion wird jedoch die von ihm angestrebten Wirtschaftsstrukturen untergraben. Die Kooperativen oder selbstverwalteten Fabriken werden dem Markt untergeordnet, nicht umgekehrt. Den bestehenden Staaten, selbst notwendiger Ausdruck der wirtschaftlichen Basis einer kapitalistischen Produktionsweise, werden die „Räte“ untergeordnet und nicht umgekehrt.

Es sind in der Tat die massive Unterdrückung des türkischen Staates und der Krieg gegen das kurdische Volk, die alle Formen der populären Selbstverwaltung zerstören und dazu neigen, diese wirklichen Widersprüche der Politik der PKK und ihrer Schwesterorganisationen in Syrien (PYD) oder im Iran zu verschleiern.

Man konnte jedoch sehen, wie sich diese Widersprüche in der Politik der HDP in der Türkei auswirkten. In der Vergangenheit hatte die PKK prokurdische Parteien gefördert, damit sich kurdische Linke und NationalistInnen an den türkischen Wahlen beteiligen konnten. Trotz diverser Verhandlungen, Waffenstillstände etc. waren

sie immer wieder Gegenstand von Repressionen, Inhaftierungen von Abgeordneten und MandatsträgerInnen und schließlich des Verbots der prokurdischen Parteien. Dies zeigt, dass der türkische Staat selbst minimalen Formen der parlamentarischen Demokratie stets extreme Grenzen gesetzt hat.

Im Jahr 2014

wurde die HDP gegründet. Es war ein Versuch, den „Friedensprozess“ mit der türkischen Regierung weiter voranzutreiben und über den kurdischen WählerInnenstamm hinauszugehen. Natürlich hat die HDP auch eine Partei verkörpert, die die Kräfte der „Gezi-Protteste“ ab 2013 zusammenführt, darunter die kurdischen Kräfte und die türkische Linke.

Sie präsentiert

sich als Partei aller Unterdrückten – aber nicht als ArbeiterInnenpartei. Von Anfang an wurde sie in verschiedene Richtungen geschoben. Ein Teil der kurdischen WählerInnenschaft wollte eine klassenübergreifende Partei der kurdischen Nation haben. Andere wollten sie in eine ArbeiterInnen-/Sozialistische Partei verwandeln, wenn auch nach dem Vorbild der Europäischen Linkspartei. Ein weiterer Flügel würde es vorziehen, dass sie eine linkspopulistische Partei wie Podemos wird. Schließlich favorisierte ein kleinerer Teil (überwiegend aus der türkischen Linken) eine sozialistische (linksreformistische oder zentristische) Partei.

Durch den

Wahlerfolg der HDP im Jahr 2015 wurde sie jedoch von der AKP und Erdogan schwer

angegriffen, da sie ein parlamentarisches und soziales Hindernis für sein Ziel der Stärkung der Präsidialmacht darstellte. Im Jahr 2016 hat die türkische Regierung einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wieder aufgenommen,

Städte bombardiert, in ihren „Anti-Terror-Kampagnen“ unschuldige ZivilistInnen getötet und Tausende von kurdischen AktivistInnen oder von der lokalen bis zur nationalen Ebene gewählten VertreterInnen inhaftiert. Sie zielt darauf ab,

nicht nur die PKK effektiv zu zerschlagen, sondern auch die HDP zu zerstören. Nach dem Gegenputsch von Erdogan im Sommer 2016 hat sich mit der Verstärkung eines bonapartistischen Regimes in der Türkei dies enorm beschleunigt. Das Regime betreibt eine Politik der permanenten inneren Spannungen, die sich nicht nur gegen echte oder vermeintliche „PutschistInnen“, sondern zunehmend gegen alle demokratischen und linken Kräfte, und vor allem gegen die HDP, die PKK und die kurdische Bevölkerung, richtet.

Diese

erzreaktionäre Politik hat andererseits die inneren Widersprüche innerhalb von HDP und PKK, die mit einem gemeinsamen Feind konfrontiert sind, eingedämmt. Hätte sich die HDP dagegen eher als parlamentarische Kraft etabliert, wären die unterschiedlichen Klassenorientierungen mehr zutage getreten. Das hätte die Ideologie des „demokratischen Föderalismus“ in Frage gestellt. Sie hat aber zugleich die Grenzen einer legalen, parlamentarischen Partei aufgezeigt, durch die die kurdische Bewegung in Richtung Guerillakampf zurückgedrängt und auch einige Sektionen (z. B. die Teyrêbazên Azadiya Kurdistan, TAK; dt.: Freiheitsfalken Kurdistans) dazu gebracht werden, eine „entschlossenerere“ Version des Guerillaismus als Lösung für die aktuelle Situation zu sehen. Die PKK/HDP-Politik selbst oszilliert, behält ihr Guerillatum bei, strebt aber letztendlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen an, während sie behauptet, sie würde weiterhin eine „demokratische konföderalistische“ Struktur in Nordkurdistan aufbauen. Kurzum, sie schwankt zwischen Guerillaismus, utopischem Sozialismus und Parlamentarismus, während der Ausweg in einer anderen Richtung liegt: der Schaffung einer multinationalen ArbeiterInnenpartei, die unter den gegenwärtigen Bedingungen legale und illegale Arbeit kombinieren könnte.

Das andere

Schlüsselprojekt, das die Politik des „demokratischen Konföderalismus“ auf den Prüfstand gestellt hat, war West-Kurdistan, Rojava, in Syrien. Hier konnte die PYD, die Schwesterpartei der PKK, von der syrischen Revolution zehren. Sie konnte die Kontrolle über drei Bezirke (Kantone), genannt Rojava, etablieren.

Hier schuf sie

ihre quasi-staatlichen Strukturen und baute eigene Verteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG; dt.: Volksverteidigungseinheiten/ Yekîneyên Parastina Jin, YPJ; dt.: Frauenverteidigungseinheiten) und „Räte“ auf. Sie tat dies mit einer Politik des „dritten Weges“ und versuchte, sich aus der syrischen Revolution herauszuhalten. Assad hoffte und schaffte es in gewissem Maß, die KurdInnen als eine Kraft zu neutralisieren, indem er ihnen Territorien überließ und auch die syrische Staatsbürgerschaft für all jene gewährte, die sie in den 1960er Jahren verloren hatten. Außerdem waren die meisten führenden Kräfte der syrischen Revolution gegenüber der kurdischen nationalen Frage ignorant und lehnten die kurdische Selbstbestimmung ab.

Die kurdische

Bevölkerung und vor allem die Jugend waren in den frühen Phasen der syrischen Revolution recht auffällige TeilnehmerInnen, während die meisten kurdischen Parteien (nicht nur aus der PKK-Tradition, sondern auch aus der PDK) eher spät oder zögerlich den Aufstand gegen Assad unterstützten. Andererseits fehlte den militanten Teilen der Jugend und der demokratischen Kräfte – wie der gesamten syrischen Revolution – die politische Richtung.

Die Unterstützung

der PKK gab der PYD zudem die Möglichkeit, kurdische Gebiete einzunehmen, wodurch sie zu einer dominierenden Kraft im syrischen Bürgerkrieg wurde. Dies wurde durch die Unterstützung der JesidInnen, die mit einem Pogrom von ISIS konfrontiert waren, von der PKK und im heldenhaften Kampf um die Verteidigung von Kobanê erheblich verstärkt. Dies gab der PYD und ihren Selbstverteidigungskräften unter der kurdischen Bevölkerung in Rojava eindeutig enorme Anerkennung. Sie bewies ihre Entschlossenheit und Fähigkeit, einem brutalen, barbarischen Feind auch unter extrem widrigen Umständen und trotz der Unterstützung von ISIS durch die Finanziere aus den Golfstaaten und trotz des Embargos gegen Rojava durch die Türkei zu trotzen.

Andererseits hat

die Intervention aller imperialistischen und regionalen Mächte und der Rechtsruck der Führung der syrischen Revolution Rojava auch als eine Oase der Demokratie und des Fortschritts in einem verfallenden Land erscheinen lassen. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch eine Reihe bürgerlich-demokratischer Reformen, die insbesondere im Bereich der Gleichberechtigung von Frauen und nationalen Minderheiten durchgeführt wurden. Die Sympathien für das kurdische Volk und seinen heldenhaften Kampf sind eindeutig gerechtfertigt.

Aber man darf

nicht vor den politischen Mängeln und Fehlern der PYD-Führung in Rojava die Augen verschließen. Sie hat nie versucht oder behauptet, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse überwinden zu wollen. Sie strebte eine gemischte Wirtschaft an. Zudem setzten die Bedingungen einer Kriegswirtschaft dem Reformprojekt und auch den Formen der Selbstverwaltung strenge Grenzen. Vor allem aber hat sie keine Schritte unternommen, um die Wirtschaft demokratisch zu zentralisieren oder alle GroßgrundbesitzerInnen zu enteignen, sondern nur die Ländereien des Regimes und der arabischen LandeigentümerInnen, die geflohen sind. Kurzum, sie hat sich nicht mit der Agrarfrage befasst.

Des Weiteren

verhielt sich die PYD sektiererisch gegenüber den demokratischen Kräften der syrischen Revolution. Dies hinderte sie jedoch nicht daran, eine Koalition mit reaktionären arabischen Stammesführern und UnternehmerInnen in Cizîrê einzugehen. Wir kritisieren außerdem, dass sie die politische Freiheit anderer kurdischer Parteien unterdrückt – auch wenn einige von ihnen eindeutig nicht progressiv sind: Die meisten von ihnen befinden sich im Lager Barzanis und der PDK.

Die „Kommune

Rojava“ ist kein Kommunestaat, wie einige ihrer AnhängerInnen behaupten. Sie ist auch kein Schritt zur Abschaffung des Staates. Der Bürgerkrieg in Syrien

und die Revolution zwangen die PYD, Teile ihrer Doktrin aufzugeben und staatliche Funktionen zu übernehmen - und nicht den „demokratischen Konföderalismus“. Wir kritisieren die PYD nicht dafür, dass sie ihre Utopie nicht umgesetzt hat, denn das wäre unmöglich gewesen. Hätte sie an der Umsetzung ihrer Politik festgehalten, wie es einige anarchistische KritikerInnen forderten, wäre Rojava an ISIS gefallen.

Aber wir

kritisieren, dass sie diese Tatsache nicht anerkennt, sondern versucht, sie zu verschleiern, und dass sie den demokratischen Konföderalismus nicht zugunsten der Schaffung eines ArbeiterInnen- und BäuerInnenstaates auf der Grundlage von Staatseigentum und ArbeiterInnenkontrolle über die Wirtschaft aufgegeben hat. Stattdessen hat sie tatsächlich Strukturen eines bürgerlichen Staates geschaffen - ähnlich wie linke plebiszitäre, populistische Regime.

Der Versuch der

PYD, einen „dritten Weg“ in der syrischen Revolution zu suchen, ist auch ein Spiegelbild ihres Nationalismus und ihrer stalinistischen Vergangenheit. Für die PYD ist „Internationalismus“ eine Summe verschiedener nationaler Kämpfe bzw. solcher auf unterschiedlichen nationalen Feldern. Dies bezieht sich nicht nur auf die syrische und arabische Revolution, sondern auch auf den kurdischen Kampf. Sie lehnt eine „Intervention“ der PDK in Rojava ab, aber sie verzichtet auch auf eine „Intervention“ in das irakische Kurdistan. Dies bedeutet, dass die PYD keine Verbündeten unter den demokratischen, säkularen und werktätigen Kräften der syrischen Revolution suchte, sondern eine enge Allianz mit dem US-Imperialismus eingegangen ist.

Obgleich die USA

ihre Verbündeten nicht vollständig kontrollieren, ist auch klar, dass sie sie früher oder später verraten werden, so wie andere imperialistische oder regionale Mächte andere kurdische Parteien verraten haben. Gleichzeitig entfremden solche politischen Bündnisse die arabischen Massen. Während die Politik des „dritten Weges“ ein Weg gewesen sein mag, die kurdische

Bevölkerung

aus dem Krieg in Syrien herauszuhalten, wird ein Sieg Assads und eine durch Russland, den Iran und die Türkei vermittelte Regelung früher oder später auch bedeuten, dass das syrische Regime das kurdische Volk und die von ihm geschaffenen Formen der Selbstbestimmung angreifen wird. Und es wird dies auf der Grundlage einer besiegten Revolution getan werden, wo die einzigen Kräfte, die den KurdInnen eine dauerhafte und zuverlässige Unterstützung für ihren Kampf geben konnten - die ArbeiterInnen und BäuerInnen - an den Rand gedrängt

wurden. Die Eroberung von Afrin durch die türkische Armee und ihre konterrevolutionären Verbündeten könnte der Beginn dieses Prozesses sein. Es ist klar, dass weder die Türkei noch Assad die kurdische Autonomie viel länger tolerieren werden. Die USA sind eindeutig nicht bereit, einen Konflikt mit dem NATO-Partner Türkei zu weit zu treiben und zu riskieren, die amerikanisch-türkischen Beziehungen zugunsten der Unterstützung von Rojava weiter zu belasten.

All dies zeigt

die schwere Führungskrise - nicht nur in den von der PDK besetzten Gebieten, sondern auch dort, wo die PYD, PKK oder HDP die dominierenden kurdischen Kräfte

sind. Es verdeutlicht, dass eine revolutionäre, internationalistische ArbeiterInnenpartei auf der Grundlage eines revolutionären Aktionsprogramms gebraucht wird - eine Partei, die auf permanenter Revolution und nicht auf Etappenideologie und demokratischem Konföderalismus basiert.

Permanente Revolution in Kurdistan

Trotz des

Scheiterns der politischen Führungen der kurdischen Bewegung ist die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes von zentraler Bedeutung für die

internationale ArbeiterInnenklasse. Wir fordern die Öffnung der Grenzen der imperialistischen Länder und volles Asylrecht für alle kurdischen Flüchtlinge und Werktätigen! Wir fordern die Aufhebung der staatlichen Überwachung der kurdischen Bewegung, politischer Parteien oder auch kultureller Organisationen durch die europäischen Staaten und die EU und die Abschaffung der sogenannten „Terrorlisten“! Aufhebung des Verbots der PKK und aller kurdischen Organisationen! Volle Bürgerrechte und volle politische Rechte für kurdische Flüchtlinge und MigrantInnen!

Die politische

Solidarität mit dem kurdischen Kampf und die Unterstützung gegen die Unterdrückung durch „ihre“ Staaten oder den Imperialismus muss jedoch Hand in

Hand gehen mit der Vorstellung eines zu den bestehenden kurdischen Parteien alternativen politischen Programms.

Die Geschichte

ihrer Kämpfe und die aktuelle Situation in den Ländern, in denen die Masse der kurdischen Bevölkerung lebt, zeigen, dass der internationale Charakter der kurdischen Revolution - und tatsächlich aller Revolutionen im Nahen Osten und Nordafrika - kein „Anhang“ des Kampfes in den bestehenden Staaten ist.

Tatsächlich haben der Arabische Frühling und die darauf folgende Konterrevolution bewiesen, dass die Revolution nur gelingen kann, wenn sie internationalisiert wird und zur Schaffung einer sozialistischen Föderation von ArbeiterInnen- und BäuerInnenrepubliken im Nahen Osten führt.

Deshalb müssen

RevolutionärInnen für eine Partei kämpfen, die den internationalen Charakter der Revolution als Ausgangspunkt nimmt. Für uns ist die Losung einer sozialistischen Föderation kein Projekt einer fernen Zukunft, sondern eng mit dem revolutionären Aktionsprogramm in jedem Land verbunden, zumal die wirtschaftliche Rückständigkeit Schritte zur sozialistischen Wirtschaft und einen demokratischen Plan auf Grundlage einer Zusammenarbeit über die bestehenden Staatsgrenzen, den Hindernissen für die weitere Entwicklung,

hinaus
erfordert.

Der auferlegte
und künstliche Charakter der bestehenden Staaten, in denen das kurdische Volk
leben muss, bedeutet, dass eine demokratische Lösung der kurdischen und
anderer
nationaler Fragen nicht dadurch erreicht werden kann, dass die gegenwärtigen
Staatsgrenzen als unantastbar betrachtet werden. Wenn das kurdische Volk
seinen
Wunsch nach einem oder mehreren Staaten zum Ausdruck bringt, dann werden
RevolutionärInnen ihr Recht darauf unterstützen und verteidigen.

Die Geschichte
des kurdischen Befreiungskampfes weist darauf hin, dass Selbstbestimmung nicht
durch „Reformen“ oder Versuche zur gleichberechtigten Integration des
kurdischen Volkes in die bestehenden Staaten, in denen es zu leben gezwungen
ist, erreicht werden kann. Das islamistische
despotische Regime im Iran hat eine ganze Generation kurdischer KämpferInnen
und AktivistInnen ausgelöscht. Das türkische Regime verwehrt sogar die
Integration der kurdischen Bewegung in Form einer legalen parlamentarischen
Partei.

Die demokratischen Errungenschaften von Rojava sind unvereinbar mit der
Wiedererlangung der Kontrolle über das Land durch Assad. Die kurdische
Selbstbestimmung im Nordirak wird sich immer auf das beschränken, was für die
HerrscherInnen in Bagdad akzeptabel ist. Die bloße Existenz von Rojava und der
kurdischen Region im Nordirak selbst hat zur Schaffung politischer Strukturen
geführt, die gezwungen sind, staatsähnliche Funktionen zu übernehmen - und es
ist unvorstellbar, dass selbst die begrenzten Formen der Selbstverwaltung unter
Assad , einem anderen syrischen nationalistischen Regime oder unter
sunnitischen bzw. schiitischen reaktionären HerrscherInnen im Irak beibehalten
werden können. Die künstliche Beschränkung des Kampfes auf die bestehenden
Staatsgrenzen
durch die kurdischen Führungen in allen Regionen spielt den UnterdrückerInnen
in die Hände, spaltet die kurdischen ArbeiterInnen und BäuerInnen und die

städtische Mittelschicht und macht Formen der Autonomie von imperialistischen oder regionalen reaktionären Verbündeten abhängig. Dies spiegelt die sozialen Interessen der kurdischen LandbesitzerInnen und bürgerlichen Klassen im Falle der gesamten PDK-Tradition bzw. den engen Horizont und Utopismus des kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK-Tradition wider.

All dies weist

auf die Notwendigkeit hin, das kurdische Volk, die ArbeiterInnen und BäuerInnen, über die bestehenden Staatsgrenzen hinweg, in denen sie leben, zu vereinen. Die Verteidigung der irakischen und syrischen kurdischen Gebiete erfordert eigentlich die Vereinigung ihrer Kräfte gegen die verschiedenen UnterdrückerInnen und könnte ein Funke sein, sich mit den kurdischen Massen im Irak, im Iran, in den türkischen und westeuropäischen Städten zu versammeln und zu vereinen. Deshalb fordern wir ein vereintes sozialistisches Kurdistan, den Kampf für eine ArbeiterInnen- und BäuerInnenrepublik, verbunden mit dem Kampf für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens.

Ein solches

vereinigtes Kurdistan kann weder durch Reformen erreicht werden, noch wird es von den ImperialistInnen oder der „internationalen Gemeinschaft“ gewährt werden. Aber die Perspektive eines vereinigten sozialistischen Kurdistans ist eng mit der gegenwärtigen Krise der gesamten Region verbunden, die die staatliche Ordnung und die Regime, wie sie durch die koloniale und imperialistische Herrschaft geschaffen wurden, weiterhin untergraben wird. Die Unterstützung für ein vereinigtes Kurdistan und damit die kurdische Selbstbestimmung widerspricht nicht dem Kampf gegen die türkische, iranische, irakische oder syrische herrschende Klasse und ihre reaktionären Regime und Staatskräfte sowie die imperialistischen Mächte, die für die Neuaufteilung der Region kämpfen. Die Unterstützung für kurdische Selbstbestimmung und einen kurdischen Staat wird in der Tat eine solide, demokratische Grundlage für die Einheit der kurdischen, arabischen, türkischen und iranischen Massen sowohl in den kurdischen Gebieten als auch in den gesamten Ländern bilden. Sie wird die

Politik aller ausländischen und regionalen Mächte in Frage stellen.

Der Kampf für

ein vereinigt sozialistisches Kurdistan darf daher weder vom Programm der permanenten Revolution in der gesamten Region getrennt werden, noch darf er den

unmittelbaren demokratischen und sozialen Forderungen innerhalb der bestehenden

Staaten und dem gemeinsamen Kampf für einen revolutionären Sturz der jeweiligen

Regime entgegengesetzt werden.

Innerhalb der

verschiedenen Staaten fordern wir multinationale ArbeiterInnenparteien, die ArbeiterInnen aller Nationalitäten vereinen. Aber selbst solche Parteien werden ihre Ziele niemals erreichen, wenn ihr Aufbau nicht mit dem einer neuen revolutionären ArbeiterInneninternationale, einer Fünften Internationale, verknüpft wird, die diese Kämpfe zusammenführen kann.

Obwohl wir nicht

von einem einheitlichen Programm der kurdischen Befreiung unabhängig von den nationalen Territorien, in denen sie arbeiten, sprechen können, gibt es eindeutig einige zentrale Forderungen für sie alle:

- Nein zur nationalen Unterdrückung. Beseitigung aller Unterdrückung. Gleiche Rechte für alle Sprachen, auch in der Schule, in öffentlichen Ämtern, bei der Arbeit. Für das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Abtrennung, wenn die Nation es wünscht.
- Gemeinsamer Kampf gegen Diktaturen - Kampf für eine konstituierende Versammlung. Die Zusammenkunft einer solchen Versammlung soll von den Ausschüssen der ArbeiterInnen, der ländlichen und städtischen Massen kontrolliert werden! Alle bonapartistischen Sondergesetze, alle Einschränkungen der demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, alle

Überwachungs- und Sicherheitsgesetze müssen aufgehoben werden.

- Nein zum religiösen Sektierertum! Für die Trennung von Staat und Religion, keine Privilegien für irgendeine religiöse Gruppe, keine Einschränkungen für andere religiöse Gruppierungen oder AtheistInnen.
- Gleiche Rechte für alle Unterdrückten, für Frauen, Jugendliche und sexuell Unterdrückte. Für Programme zur vollständigen Integration von Frauen und Jugendlichen in die Arbeitswelt und zur Sozialisierung der Hausarbeit.
- Für eine Agrarrevolution - Enteignung der Großgrundbesitzer. Große Bauernhöfe und Agrarindustrien sollen enteignet werden und unter ArbeiterInnenkontrolle stehen. Das Land soll unter kleinen und landlosen BäuerInnen verteilt werden; Genossenschaften als Schritt zu sozialisierten Produktionsformen sind zu fördern.
- Die Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Gewerkschaften müssen in allen Betrieben und Branchen verankert werden.
Abschaffung aller gewerkschaftsfeindlichen Gesetze. Für geeinte, demokratische, klassenkämpferische Gewerkschaften in allen Betrieben und Wirtschaftszweigen.
Für eine 40-Stunden-Woche und einen von den Gewerkschaften festgelegten und kontrollierten Mindestlohn. Für ein Programm von gesellschaftlich nützlichen öffentlichen Arbeiten unter ArbeiterInnenkontrolle. Freier Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Bildung und Mindestrente für alle!
- Nein zu neoliberalen Reformen und Privatisierungen. Wiederverstaatlichung aller privatisierten Unternehmen.
Enteignung von Großunternehmen, Banken, Finanzinstituten und multinationalen Unternehmen ohne Entschädigung und unter Kontrolle der ArbeiterInnen.
- ArbeiterInnenrechte (ArbeiterInnenkontrolle, Mindestlohn, Gewerkschaftsrechte auch für AgrararbeiterInnen, Plan zur Entwicklung von Stadt und Land).
- Hinaus mit allen imperialistischen

Mächten, USA, EU, Russland,..) und
Besatzungstruppen aus dem Nahen Osten! Gemeinsamer Kampf mit der
gesamten
ArbeiterInnenklasse und demokratischen, revolutionären Kräften in allen
Ländern. Für kurdische Selbstbestimmung! Setzt Euch ein für den
nationalen
Befreiungskampf des palästinensischen Volkes! Unterstützung für die
ArbeiterInnen- und demokratischen Bewegungen zum Aufschwung einer
neuen
revolutionären Welle in der gesamten Region! Für eine Föderation der
Sozialistischen
Staaten des Nahen Ostens!

- Um ein solches Programm umzusetzen,
müssen die ArbeiterInnenklasse und die Massen die Macht in ihre
eigenen Hände
nehmen und ArbeiterInnen und BäuerInnenregierungen schaffen, die sich
auf
ArbeiterInnen-, SoldatInnen- und Volksräte und auf eine bewaffnete Miliz
stützen.

Ein solches Programm erfordert revolutionäre ArbeiterInnenparteien und eine
von allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften unabhängige Internationale.
Deshalb ist es notwendig, kurdische ArbeiterInnen als Klasse zu organisieren,
nicht nur als Teil „des Volkes“, wie PKK und PYD dies tun. Es ist notwendig, mit
allen Formen von Etappenideologie und Populismus zu brechen. Die kurdische
Revolution wird Teil der permanenten Revolution im Nahen Osten sein – oder gar
nichts.

Seehofer verbietet kurdische Verlage - weg mit dem PKK-Verbot!

Martin Eickhoff, Infomail 1042, 18. Februar 2018

Vor der Münchner

Sicherheitskonferenz wollte Bundesinnenminister Horst Seehofer dem türkischen Präsidenten Erdogan noch scheinbar ein „Geschenk“ machen. Was bietet sich dafür

besser an, als wieder einmal gegen kurdische Menschen und Gruppen vorzugehen?

Schließlich hatte Erdogan persönlich in den letzten Monaten Deutschland wiederholt aufgefordert, einen entschlosseneren Kampf gegen die PKK zu führen, die in der Türkei als Terrororganisation gilt und in Deutschland seit 1993 verboten ist. Auch die Feststellung des Europäischen Gerichtshofs vom 15.11.2018, dass die PKK in den Jahren 2014 bis 2017 zu Unrecht auf die europäische Liste sogenannter „terroristischer Vereinigungen“ gesetzt wurde, ändert selbstverständlich nichts an der anti-kurdischen Politik der Bundesregierung.

Nach mehreren

Durchsuchungen ließ Seehofer zwei kurdische Verlagshäuser verbieten. Dem Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und der MIR Multimedia GmbH, welche im

nordrhein-westfälischen Neuss ansässig sind, wird vorgeworfen,

Teilorganisationen der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) zu sein.

Reaktionen

Bei der

Durchsuchung der Verlage wurden Sprachbücher, Kinderbücher und Bücher zur kurdischen Geschichte, CDs und DVDs mit kurdischer Musik beschlagnahmt. Offenkundig gelten selbst Kinderbücher mittlerweile als Gefahr, während gleichzeitig Neonazis mehr oder weniger unbehelligt durch das Land ziehen können und die AfD immer stärker wird. Die kurdischen Unternehmen würden laut

Innenministerium nämlich allein „der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK“ dienen. Der türkische Botschafter in Berlin erklärte zum

Vorgehen des Innenministeriums: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“. Auch der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul, der nicht nur im Zusammenhang mit extremen Äußerungen bereits negativ bekannt ist, stimmte in den Jubelchor ein.

Der Vorsitzende

des kurdischen Dachverbandes NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der

KurdInnen in Deutschland e. V.) Tahir Köçer erklärte, der türkische Staat versuche, die kurdische Identität auszulöschen. Mit dem Verbot des Verlages und des Musikvertriebs habe sich die Bundesregierung für eine „Fortsetzung dieser menschenverachtenden Politik auf deutschem Boden entschieden“. Kritik kam von

Teilen der Grünen, welche das staatliche Vorgehen missbilligt haben. Wieder einmal solle ein Untersuchungsausschuss einberufen werden, der, sofern er überhaupt zustande kommt, dann wohl im Sand verlaufen wird. Auch Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, äußerte sich kritisch zum Vorgehen des Innenministers.

Weg mit dem PKK-Verbot!

Der Verweis

darauf, dass sich die PKK doch gewandelt und im Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ gute Dienste erbracht hätte, wird die Regierung und erst recht das Innenministerium nicht umstimmen. Der deutsche Imperialismus braucht

für seine politischen und geo-strategischen Interessen Erdogan als Verbündeten allemal mehr als die kurdische Bevölkerung und deren politische Organisationen.

Daher soll am

Verbot der PKK – letztlich unabhängig davon, welche Politik die kurdische Bewegung zur Zeit verfolgen mag, selbst wenn sie sich imperialistischen Mächten zeitweilig anbiedert – von staatlicher Seite nichts geändert werden. Es stellt zugleich den Vorwand zur Verfolgung, Kriminalisierung jeder beliebigen kurdischen Vereinigung dar.

Die Aufhebung

des PKK-Verbotes muss daher errungen werden – im Rahmen des Kampfes für die Aufhebung aller anderen Verbote linker, revolutionärer, anti-imperialistischer und demokratischer Vereinigungen der kurdischen und türkischen Opposition wie auch z. B. der palästinensischen Bewegung.

- Streichung der Unrechtsparagrafen 129 a und b! Weg mit allen sog. „Antiterrorgesetzen“!
-

Solidarität mit Rojava! Unterstützt den kurdischen Widerstand!

Tobi Hansen, Revolutionärer Marxismus 46, Oktober 2014

Seit nunmehr zwei Wochen steht die Stadt Kobanê in der Region Rojava im Zentrum des syrischen Bürgerkriegs. Truppen des islamo-faschistischen „Islamischen Staates“ (IS) sind diese Woche bis in die Stadt Kobanê vorgedrungen. Der IS will die selbstverwalteten Gebiete der KurdInnen zerschlagen.

Die Volksverteidigungskräfte der YPG und die Frauen-Bataillone der YPJ leisten heroischen Widerstand und verteidigen aufopferungsvoll ihre Stadt. Mehrere tausend KämpferInnen haben zuvor mehr als 100.000 ZivilistInnen evakuiert. Sie waren es auch, die für die Yeziden im Nordirak einen Fluchtkorridor erkämpft hatten, um sie vor den Massakern des IS zu schützen.

Seit dem 7. Oktober tobt der Straßenkampf in Kobanê und die kurdischen KämpferInnen, gemeinsam mit Bataillonen der FSA haben versprochen, dass Kobanê zu einem „Massengrab für den IS“ wird. Berichte von Selbstmordkommandos der Verteidiger gegen Panzer und Artillerie zeichnen ein deutliches Bild von der militärischen Lage in Kobanê.

Solidarität zeigen! Kein Vertrauen in USA und Türkei!

In vielen europäischen Hauptstädten sind in dieser Nacht und in den letzten Wochen zehntausende KurdInnen auf die Straße gegangen, um ihre Solidarität zu demonstrieren, aber auch, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, dass alle Versprechungen der imperialistischen Staaten und der Türkei im Kampf gegen den IS Schall und Rauch sind. Der Fall Kobanês wird vom Westen hingegenommen und toleriert.

Sogar UN-Generalsekretär Ban ruft heute die Weltöffentlichkeit auf, den KämpferInnen und verbliebenen Zivilisten in Kobanê zu helfen. Alle, die die Mittel hätten, dies zu tun, sollten handeln, hofft der Generalsekretär – aber seine Worte

werden ungehört bleiben.

Als die USA mit ihrer „Koalition der Willigen“ gegen ISIS in den Krieg zog, hofften gewiss viele auf ein schnelles Ende der ISIS, aber sie sehen sich bitter enttäuscht. Was bringen auch schon vereinzelte Luftschläge, die weit entfernt von der „chirurgischen Kriegsführung“ sind und sich hauptsächlich gegen Ölraffinerien richten? Die US-Luftwaffe hat zugesehen! Jetzt, da der IS in Kobanê eingerückt ist, bombardieren sie den Ostteil der Stadt. Wohngebiete und Infrastruktur zu zerstören, ist anscheinend einfacher, als Panzer und Geschütze.

Die Politik der USA und ihrer Verbündeten ist weder ein Zufall noch unerwartet. Den Imperialisten geht es im „Krieg gegen den IS“ nicht um Humanität, Selbstbestimmung oder Ähnliches. Im Gegenteil, die Barbarei der Dihadisten ist vielmehr ein Vorwand, die Intervention zur Errichtung einer „stabilen“ US-geführten Ordnung zu legitimieren. Die Luftschläge dienen genau diesen reaktionären Zielen - was sich auch darin ausdrückt, dass sie bislang weitgehend kosmetischen Charakter hatten.

Die KurdInnen von Kobanê, die YPG oder die PKK stören letztlich nur bei den Zielen der Imperialisten und ihrer lokalen Verbündeten (allen voran der Türkei), gerade weil sie sich auf reale Unterstützung durch die Massen stützen. Es zeigt daher auch, wie naiv und illusorisch es ist, sich Hilfe von imperialistischen Luftschlägen zu erwarten, von jenen Mächten, die seit Jahr und Tag die Bewaffnung fortschrittlicher Kräfte im Nahen Osten (der YPG, der FSA) praktisch verhindern.

Nahe der Grenze wartet schon die nächste hochgerüstete NATO-Macht, welche nicht imstande ist, gegen den IS zu kämpfen: die Türkei. Mit Panzern und Geschützen sind sie aufgefahren, denn sie wissen, dass der IS auf dem Boden besiegt werden muss. Schließlich ließ die Türkei die ISIS und die andere islamistische Fraktion im syrischen Bürgerkrieg, die al-Nusra Front, jahrelang von ihrem Territorium aus operieren inkl. der finanziellen und militärischen Unterstützung aus Saudi Arabien und Katar. Aber die Türkei wird den KurdInnen nicht helfen. Das erleben die vielen Flüchtlinge derzeit in der Grenzregion. Dort werden sie mit scharfer Munition und Tränengas auseinander getrieben. Die Türkei hat proklamiert, eine „Pufferzone“ errichten zu wollen. Diese Pufferzone würde genau dort installiert werden, wo heute die selbstverwalteten Gebiete der Region Rojava sind. Damit wird die türkische Invasion zum Sargnagel des

kurdischen Widerstands.

Es ist durchaus möglich, dass die türkischen Truppen genau dann einmarschieren, wenn Kobanê gefallen ist. Dann wird der IS genügend Zeit haben, sich zurückzuziehen und die Türkei wird als Besatzungsmacht in Syrien einrücken. Das entspricht den Ambitionen Erdogans. Damit kann die Türkei weiterhin Einfluss auf den syrischen Bürgerkrieg nehmen.

Diese Taktiken von Erdogan und dem türkischen Militär werden bereits von der kurdischen Bevölkerung in der Türkei mit einem „Serhildan“ (Volksaufstand) beantwortet. Von Diyarbakir bis nach Istanbul gab es militante Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK mit der Polizei und weiteren paramilitärischen Unterstützern des Regimes. Gegen die PKK können Erdogan und die AKP auch auf alle Teile der türkischen Elite zurückgreifen; die CHP unterstützt jede parlamentarische und militärische Vorlage; die Faschisten der MHP unterstützen die Polizei gegen die Kurden. Ebenfalls greifen islamistische Kräfte einer türkisch-kurdischen Hizbullah (nicht zu verwechseln mit libanesischer Hizbollah) Kundgebungen der KurdInnen und Parteigebäude der HDP an. Diese Hizbullah wurde in den 80er Jahren vom kemalistischen Staat aufgebaut und unterstützt, um die Vorherrschaft der PKK unter den KurdInnen zu brechen. Jetzt kann diese Truppe auf eine sechsstellige Anhängerschar bauen und unterstützt natürlich den IS in Syrien.

Für die türkische Linke und die HDP, die erstmals ein Projekt kurdischer Kräfte und der türkischen Linken darstellt, ist diese Situation eine große Herausforderung. Hier muss das Recht auf Selbstverteidigung der Kurden in Syrien behauptet, wie auch den Angriffen der Faschisten in der Türkei getrotzt werden. Dabei wird auch die HDP wieder akut von Verbotsdrohungen betroffen sein. Dies sollte aber nicht dazu führen, sich als Verhandlungskraft für die AKP Regierung anzubieten, sondern die HDP muss verstärkt die türkische Arbeiterklasse ansprechen und mobilisieren – dies darf kein Kampf der KurdInnen bleiben, die nationalistische Spaltung und Hetze muss bekämpft werden.

Differenzen zu PYD und PKK

Die Solidarität mit dem aktuellen heroischen Kampf heißt jedoch nicht, dass wir die Politik, das Programm und die Taktik der PYD in Syrien oder der PKK in der Türkei teilen. So hat die PYD sich anfangs der syrischen Revolution – beim Aufbau

der FSA -de facto herausgehalten. Stattdessen gab es über weite Strecken praktisch ein Stillhalteabkommen mit dem Assad-Regime, wodurch dieses in den kurdischen Gebieten nichts zu befürchten hatte und mehr Einheiten gegen die FSA-Gebiete schicken konnte. Diese Taktik hat zu der Zeit sicherlich die syrische Revolution geschwächt. Auch wenn jetzt verstärkter YPG und FSA-Einheiten zusammen kämpfen, so ist die FSA heute sehr geschwächt im Vergleich zum Beginn.

Die in Rojava errungene kommunale Selbstverwaltung des kurdischen Volkes, die rechtliche Gleichstellung der Frauen, die Ablehnung jeder religiösen oder ethnischen Privilegierung sind zweifellos enorme demokratische Errungenschaften und markieren gesellschaftlichen Fortschritt, den es ohne Wenn und Aber zu verteidigen gilt. Dasselbe gilt für die Abschaffung des Großgrundbesitzes (nicht zuletzt weil die alten Grundbesitzer flohen).

Insbesondere deshalb, weil sie während eines Bürgerkrieges erkämpft wurde, müssen wir sie gegen die IS-Faschisten, den US Imperialismus, gegen die Türkei und gegen das Assad-Regime verteidigen. Der Aufbau von „Volksmilizen“, von Frauenmilizen, ist eine Errungenschaft der Menschen von Rojava.

Allerdings sind die „partizipative Demokratie“ und der „demokratische Konföderalismus“ kein Programm einer sozialistischen oder proletarischen Umwälzung. Im Gegenteil, PYD und PKK streben offen einen „Dritten Weg“ jenseits von Monopolkapitalismus und demokratischer Planwirtschaft an. Das ist eine kleinbürgerliche Utopie, die niemals zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft führen kann, sondern im Rahmen marktwirtschaftlicher Verhältnisse und des Privateigentums an Produktionsmitteln verbleiben muss.

Allein das beschränkt die „Räte“ in Rojava auf politische Verwaltungsorgane einer solchen „gemischten“ Wirtschaft. Der Klassencharakter der „Räte“ bleibt notwendig diffus, was sich nicht zuletzt in der utopischen Vorstellung ausdrückt, dass kein neuer Staat geschaffen werden soll. Wenn die Räte wirklich zu revolutionären Organen einer sozialistischen Umwälzung werden sollen, müssen sie aber zu den zentralen Macht- und Herrschaftsinstrumenten eines zukünftigen Arbeiterstaates, einer Arbeiter- und Bauernregierung werden, die die Wirtschaft auf Basis eines demokratischen Plans reorganisiert und den Kampf um die Befreiung des Kurdischen Volkes als Teil der permanenten Revolution im ganzen Nahen und Mittleren Osten begreift.

Eine über den bürgerlichen syrischen Staat hinausreichende Perspektive bietet die PYD nicht an, nicht einmal ein vereinigt Kurdistan und schon gar kein sozialistisches. Wie sich ihre „befreite Zone“ inmitten des syrischen Bürgerkriegs, in einem zukünftigen Staat unter Assad oder anderen bürgerlichen Marionetten der einen oder anderen imperialistischen Mächte halten kann? Dazu kein Wort. Die Welt außerhalb Rojavas oder auch Kurdistans spielt eine Nebenrolle. Diese Politik ist Erbe sowohl des Stalinismus wie populistischer und libertärer Einflüsse.

Was die Linke tun kann

All das ändert nichts daran, dass Solidarität mit dem Befreiungskampf heute oberstes Gebot ist. Die deutsche „Linke“ bietet dabei wieder einmal ein blamables Bild zwischen dem Ruf nach UN-Intervention, also imperialistischer Befriedung mit noch mehr „humanitärer“ Verlogenheit. Die anderen frönen einen abstrakten Pazifismus, der darin gipfelt, dass dem kurdischen Volk zwar „Solidarität“ versichert wird – Waffen sollen es aber nicht erhalten.

Es gibt eine Alternative zur imperialistischen Intervention: Wir müssen uns mit dem kurdischen Widerstand solidarisieren. Dieser Kampf um Kobanê und Rojava ist nicht allein Sache der KurdInnen, dieser Kampf ist wichtig für alle Linken und internationalistischen Kräfte. Dabei helfen keine pazifistischen Flausen, die oft mit der Formulierung „es gibt genug Waffen in der Region“ daherkommen. Wir müssen das Selbstverteidigungsrecht der KurdInnen hier verteidigen – und dazu braucht es Waffen, internationale Solidarität und Unterstützung.

Unsere Solidarität gilt hier auch der kurdischen Widerstandsbewegung in der Türkei und den türkischen Linken, die wiederholt versucht haben, die Blockade Kobanês durch die türkische Polizei und Sondereinheiten zu durchbrechen, um so den kurdischen KämpferInnen Unterstützung zu bringen. Politisch geht es darum, die Blockade Kobanês und der anderen kurdischen Gebiete in Syrien durch die Türkei zu brechen und ihnen den Weg für Nachschub, materielle Versorgung und schwere Waffen zu öffnen, so dass sie den Panzern und der Artillerie des IS nicht mehr nur mit Maschinengewehren entgegentreten müssen.

Auch die Arbeiterbewegung in Europa muss sich für materielle und militärische Hilfe ohne irgendwelche politischen Vorbedingungen einsetzen. Dazu gehört auch die Aufhebung des Verbots der PKK sowie zahlreicher anderer kurdischer

Organisationen oder Symbole. Die PKK hat in der Türkei den „Friedensprozess“ abgebrochen, in vielen Städten gibt es militante Auseinandersetzungen mit der türkischen Polizei. Die PKK hat Freiwilligenkontingente aufgestellt, welche den Grenzdurchbruch schafften und nun mit den GenossInnen in Kobanê gegen die IS-Faschisten kämpfen. Bei aller Kritik, die wir an der Theorie und Praxis der PKK haben, müssen wir jetzt solidarisch für die Rechte der KurdInnen, für die Rechte der PKK kämpfen.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Kobanê - und damit der größte kurdische Bezirk in Syrien - steht kurz vor dem Fall. Eventuell fällt die Stadt nur kurz, nachdem wir diese Zeilen veröffentlicht haben. Ein Sieg des IS wäre eine Katastrophe nicht nur für das kurdische Volk, für tausende verbliebene BewohnerInnen und KämpferInnen, denen ein Massaker droht. Hunderttausende würden zu Flüchtlingen. Die Selbstverwaltungsstrukturen in Kobanê würden zerstört.

Der Gipfel des Zynismus der NATO-Mächte wäre wohl erreicht, wenn die Türkei nach dem Fall von Kobanê - womöglich mit der Duldung des Assad-Regimes - die Stadt vom IS „befreien“ würde, um so ihre eigene Position bei der Neuordnung des Nahen Ostens auszubauen. In jedem Fall wäre die Niederlage der KurdInnen auch ein brutaler Schlag für die verbliebenen fortschrittlichen, demokratischen Kräfte der syrischen Revolution und des Arabischen Frühlings.

Der heroische Widerstand in Kobanê und Rojava braucht daher JETZT unsere Unterstützung. Der Heldenmut der MärtyrerInnen, der Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ bezeugt aber auch eines: der Freiheitskampf der unterdrückten Völker, der ArbeiterInnen und Bauern ist lebendig. Selbst wenn sie unter ungünstigsten Bedingungen der Übermacht ihre Feinde, der Pogromisten des IS, der zynischen Politik von Regionalmächten, allen voran der Türkei, und der imperialistischen Großmächte - v.a. der USA - unterliegen mögen. Ihr Kampf bleibt uns Mahnung und Auftrag, es ihnen an Entschlossenheit gleichzutun!

- Halte Stand, freies Kobanê!
- Aufhebung der Blockade! Materielle Hilfe und Waffen für den kurdischen Widerstand!
- Weg mit dem PKK Verbot!

- Offene Grenzen für die Flüchtlinge!
 - Nein zu jeder imperialistischen Intervention!
-

Tayyip ist nicht willkommen! Tayyip hoş gelmesin!

Aufruf der Gruppe ArbeiterInnenmacht zu den Protesten gegen den Erdogan-Besuch, Infomail 1021, 21. September 2018

Am Freitag, dem 28. September, wird sich der türkische Präsident Erdogan in Berlin mit Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Steinmeier treffen. Es geht bei diesem Treffen um die konkrete Planung der engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden NATO-Partnern. Da sich die türkische Wirtschaft momentan in einer Krise befindet, wird die finanzielle Lage der Türkei dabei eine große Rolle spielen. Für Deutschland ist es eine gute Gelegenheit, ähnlich wie in Griechenland, Kredite zu vergeben, um größeren Einfluss auf die türkische Wirtschaft auszuüben und die dortige Bourgeoisie vor der Pleite zu retten. Die galoppierende Inflation und die Verschuldung des türkischen Staates und der Wirtschaft sind der Hebel, mit dem der deutsche Imperialismus seinen Einfluss auf die Türkei stärken will. Nicht Erdogan, sondern Merkel und das deutsche Kapital werden die Bedingungen diktieren, zu denen die Regionalmacht gefügig gemacht und der Einfluss des deutschen Kapitals vergrößert wird. Die Kosten dafür wird die arbeitende Bevölkerung zahlen müssen, wenn sie keinen Widerstand leistet.

Seit der letzten Woche protestieren 10.000 ArbeiterInnen auf dem dritten Flughafen in Istanbul gegen ihre furchtbaren Arbeitsbedingungen - 600 von ihnen wurden allein am 14. und 15. September verhaftet. Dass bei dem Treffen in Berlin die Politik Erdogans kritisiert werden wird, ist nicht zu erwarten, da sogar die MinisterInnen der SPD den Staatsempfang verteidigen. Heiko Maas bezeichnete Proteste gegen den Erdogan-Besuch gnädigerweise als „Teil der demokratischen Realitäten in unserem Land“, doch man habe kein Interesse daran, dass die

innenpolitischen Konflikte aus der Türkei auch Deutschland erreichen. Wer sich das wünscht, der sollte sich das Problem nicht einladen.

Die deutsche Bundesregierung kooperiert seit Jahren mit dem AKP-Regime, liefert Waffen an die Türkei, betreibt politische Verfolgung von Oppositionellen innerhalb der BRD im Interesse Erdogans, während pro-AKP-Organisationen freie Hand gelassen wird. Sie unterstützt nicht zuletzt den Kampf der türkischen Regierung gegen die KurdInnen in der Türkei und Syrien. Besonders widerlich ist der 2015 ausgehandelte Flüchtlingsdeal, der die Türkei zur Türsteherin Europas gemacht hat. Der dortigen Regierung wurden bereits mehrere Milliarden Euro gezahlt, die jedoch nicht bei den Geflüchteten ankommen. Viele junge Menschen, die keine Perspektive mehr in der Türkei haben, die verfolgt werden oder unter dem Krieg im Osten des Landes leiden, sind in den letzten Jahren nach Deutschland geflohen. Doch die Mehrheit der Bevölkerung ist dem Terror ihrer Regierung weiterhin ausgesetzt, die es verdient, mit Widerstand und Protest empfangen zu werden. Ein reibungsloser Besuch bei der deutschen Regierung ist das, was sich Erdogan erhofft, denn dies verschafft seinem Regime internationale Legitimation, die er braucht, um InvestorInnen anzuziehen.

Umgekehrt will die Regierung den Besuch des Autokraten nutzen. Schließlich ist jetzt die Gelegenheit günstig, ihm die Bedingungen des deutschen Imperialismus aufzudrücken, braucht er doch dringend GeldgeberInnen und InvestorInnen. Erdogans Krieg gegen die KurdInnen, die Besetzung Afrins, die Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse und der demokratischen Rechte sind für die Bundesregierung letztlich nur „Nebenfragen“, die sie an der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und geo-strategischen Interessen nicht hindern dürfen.

Doch diese Freude werden wir weder Erdogan noch der Bundesregierung machen! In Solidarität mit der arbeitenden Bevölkerung der Türkei, die eine Abwälzung der Krise auf sich abwehren muss, mit der Frauenbewegung, die ihre Rechte verteidigt, und mit der kurdischen Bevölkerung, deren politische Organisationen regelrecht zerschlagen werden, sowie mit allen anderen Unterdrückten rufen wir zum Protest gegen den Erdogan-Besuch auf. Linke Organisationen und Parteien sowie die Gewerkschaften in Deutschland müssen gemeinsam mit den linken Organisationen der kurdischen und türkischen MigrantInnen deutlich machen, dass sie den schmutzigen Deal zwischen der Bundesregierung und dem türkischen Diktator ablehnen. Bereits jetzt ist ein massives Polizeiaufgebot angekündigt, das Protestierende abschrecken soll, doch

wir lassen uns nicht einschüchtern!

Kommt zu den Protesten!

Freitag, 28.09. // Großdemo „Erdogan not welcome!“ // Berlin // 16:00 Potsdamer Platz

Route der „Erdogan not welcome“-Großdemonstration am 28.09. in Berlin: Auftakt 16:00 Uhr Potsdamer Platz - Potsdamer Str. - Reichpietschufer - Klingelhöferstr. - Hofjägerallee - Großer Stern - Spreeweg - Schloss Bellevue

Samstag, 29.09. // Großdemo // Köln // 10 Uhr: Großkundgebung auf der Deutzer Werft

11 Uhr: Eröffnung, 12 Uhr: Demonstration durch die Kölner Innenstadt, Ab 14 Uhr Abschlusskundgebung auf der Deutzer Werft- Köln

Weitere Infos über die Aktionen: [Erdogan Not welcome!](#)

Wahlen in der Türkei: Schrecken ohne Ende oder Napoleon heißt auf Türkisch „Napolyon“

Svenja Spunck, Infomail 1008, 25. Juni 2018

Erdogan gewinnt die Präsidentschaftswahlen und das Wahlbündnis aus AKP und MHP sichert sich die Mehrheit im Parlament. Die HDP kann sich erneut über den Einzug ins Parlament freuen, während die CHP Stimmenverluste verzeichnet. Zum ersten Mal zieht die neu gegründete İyi Parti ins Parlament ein. So weit das Ergebnis in Kurzform.

Wäre das Ergebnis aus dem Gefängnis in Edirne repräsentativ für die Türkei, würde sie ab heute von einem kemalistischen Staatspräsidenten und ihr

Parlament von einer absoluten Mehrheit der HDP kontrolliert werden. In der Haftanstalt, die seit anderthalb Jahren die permanente Adresse von Selahattin Demirtaş ist, haben Erdogan und seine AKP keine einzige Stimme bekommen.

Doch nach der Auszählung von 99 Prozent der Stimmen zeichnet sich im „Rest“ der Türkei ein enttäuschendes Ergebnis für diejenigen ab, die noch Hoffnung auf so etwas wie einen demokratischen Wandel hatten. Obwohl die AKP keine alleinige Mehrheit im Parlament erringen konnte, schafft sie es, zusammen mit der MHP rund 53,6 Prozent der Stimmen für ihr Wahlbündnis zu erringen, wobei 42,5 Prozent auf die AKP und 11,1 Prozent auf die MHP entfallen. Damit steht zwar fest, dass Erdogans AKP sich die Regierungsmacht gesichert hat, doch im Vergleich zu den Wahlen im November 2015 hat sie acht Prozentpunkte verloren.

Dass die MHP ihren Stimmenanteil im zweistelligen Bereich halten konnte, war eine der großen Überraschungen des Wahlabends und bot AnhängerInnen der Opposition Anlass, über Wahlfälschung zu spekulieren. In den Umfragen der letzten Wochen lag die MHP immer deutlich unter der 10-Prozent-Hürde und hätte nur durch ihr Bündnis mit der AKP ihre Sitze im Parlament verteidigen können. Doch da anscheinend einige traditionelle AKP-WählerInnen ihre Stimme der MHP liehen, konnte sie ihre rund 11 Prozent konstant halten. In erster Linie wurde ein Stimmenverlust an die İyi Parti von Meral Akşener befürchtet, die sich vor kurzem aus der MHP abgespalten hatte. Mit genau zehn Prozent zieht diese zwar ins Parlament ein, bleibt jedoch weit unter den in Umfragen prognostizierten Ergebnissen. Somit vereinen die drei rechtesten Parteien des neuen türkischen Parlaments rund 63 Prozent der Stimmen auf sich.

Manipulationen

Nachdem die ersten Zahlen der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi (AA) am 24. Juni um 18 Uhr MESZ veröffentlicht wurden, sprachen VertreterInnen der CHP und HDP bereits von massiver Manipulation der Ergebnisse. Noch während die Wahlurnen geöffnet waren, wurde von Wahlbetrug mit gefälschten Stimmzetteln und gewalttätigen Auseinandersetzungen in einigen Wahllokalen berichtet. Internationalen WahlbeobachterInnen wie Andrej Hunko von der hiesigen Linkspartei wurde die Einreise in die Türkei verwehrt, eine Genossin und Beobachterin aus den Reihen der Interventionistischen Linken wurde sogar vor Ort kurzzeitig verhaftet.

Solche Vorkommnisse sind leider nichts Neues bei Wahlen in der Türkei. Bereits beim Referendum im April 2017 wurden Stimmen für Erdogan gefälscht und oppositionelle WählerInnen bedroht. Doch der eigentliche Betrug findet nicht am Wahltag statt, sondern setzt sich zusammen aus den unfairen Bedingungen, unter denen beispielsweise die HDP ihren Wahlkampf führen musste: Keine Sendezeit für ihren Präsidentschaftskandidaten in irgendeinem der staatlichen Fernsehsender, tägliche Verhaftungen von Parteimitgliedern und permanente Hetze der Regierung gegenüber der Partei sind nur ein Ausschnitt deren. Die Forderung nach einer Aufklärung der Ereignisse am Wahltag sollte dennoch von zumindest denjenigen aufgestellt werden, die sich als Oppositionspartei verstehen.

Über den Abend hinweg bestand dann eine große Differenz zwischen den Ergebnissen von AA, die einen klaren Sieg Erdogans in den Präsidentschaftswahlen anzeigte, und den offiziellen Zahlen des Hohen Wahlausschusses (YSK). Laut der Onlineplattform Adil Seçim, die von Oppositionsparteien gegründet wurde, wäre es sogar zur Stichwahl zwischen Erdogan und Muharrem İnce gekommen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind die Wahlergebnisse zwar noch nicht offiziell bestätigt, doch Erdogan verkündete bereits um Mitternacht seinen Sieg und auch İnce erklärte gegenüber dem Journalisten İsmail Küçükkaya, dass „der Mann gewonnen“ habe. Er zerschlug damit die Hoffnung der WählerInnen, die auf eine Anfechtung der Wahlen oder zumindest auf eine ernsthafte Untersuchung der Vorwürfe von Wahlfälschung gewartet hatten. Böse gesagt erspart der Sieg Erdogans im ersten Wahlgang zumindest vielen Linken die Farce, im zweiten Wahlgang für Ince zu stimmen, die bisher der falschen Überzeugung waren, er sei das kleinere Übel und die Rückkehr zum kemalistischen Staat berge die Möglichkeit zu echter Demokratie.

Ergebnis der HDP

Ein Sieger des Abends ist die HDP. Trotz aller Repressionen, denen die Partei in den letzten Jahren ausgesetzt war, schaffte sie es erneut, die 10-Prozent-Hürde zu überwinden. Sie ist mit 11,2 Prozent die drittstärkste Partei im Parlament und auch ihr Präsidentschaftskandidat Demirtaş erkämpfte sich im Laufe des Abends den dritten Platz. Vor allem traditionelle WählerInnen der CHP liehen ihre Stimme an die Demokratische Partei der Völker, um die Parlamentssitze der AKP zu verringern und zu verhindern, dass die HDP an der 10-Prozent-Hürde

scheitert. Dies trug zum Verlust der CHP bei, erklärt diesen aber nur zum Teil. Während İnce mit 30 Prozent in der Präsidentschaftswahl abschnitt, erreichte seine Partei gerade einmal 23 Prozent im Parlament. Sie fällt damit sogar noch hinter ihr damals schon enttäuschendes Ergebnis vom November 2015 (25,32 Prozent) zurück. Ihr Ergebnis in den Parlamentswahlen sowie die unerfüllte Hoffnung, İnce könnte zum Herausforderer Erdogans in einer Stichwahl bei der Präsidentschaftskandidatur werden, werden zu einer grundlegenden Debatte um die Neuausrichtung der Partei führen.

Die Bestätigung Erdogans im Amt als Präsident mit nun noch größeren Befugnissen, die Verteidigung der Parlamentssitze der HDP trotz eines Wahlkampfes unter schwierigsten Bedingungen und der Stimmenverlust der CHP drücken die extreme Spaltung der Gesellschaft in der Türkei aus. Die AKP ist eine der wenigen Parteien, die nicht die Aufhebung des Ausnahmezustandes zum Wahlversprechen machte, sondern deren politisches Programm diesen auf Dauer fordert. Mit dem Sieg der AKP steht weder eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Türkei in Aussicht, noch hat die Opposition, die für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie warb, einen Anlass zur Hoffnung. Diese Ziele zu verteidigen, sagte Pervin Buldan, Co-Vorsitzende der HDP, sei jedoch die Aufgabe ihrer Partei für die kommende Periode und dafür werde sie weiterhin kämpfen.

Doch die Lage in der Türkei wird sich zunehmend verschärfen und die wirtschaftliche Krise, die auf sie zurollt, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Gerade junge Menschen, die mit der #Tamam-Bewegung (deutsch: „Zustimmung“, auch: „genug“, „es reicht“) vor einigen Wochen in den sozialen Medien millionenfach ihre Unzufriedenheit mit der Regierung ausdrückten und auf die Straße zogen, sehen keine Perspektive in der Politik der AKP. Mit dieser Wahl sind keineswegs alle Hoffnungen zerstört und auch der Faschismus zieht damit noch nicht automatisch in der Türkei ein, wie einige besonders „Radikale“ wieder einmal behaupten, aber die Bedingungen, unter denen Linke, SozialistInnen und unterdrückte Minderheiten kämpfen, sind noch einmal schwerer geworden.

Mit dem Wahlsieg hat Erdogan die Macht weiter in den Hände des Staatspräsidenten konzentriert. Er wird sie gegen die kurdische Nation, gegen die HDP, gegen Widerstand aus der ArbeiterInnenklasse, der Jugend und von allen anderen einsetzen, die von der kommenden Wirtschaftskrise durch Entlassungen, Verarmung, Entwertung ihrer Ersparnisse bedroht sind. Von der

rechten und nationalistischen Opposition, İyi Parti und CHP ist in dieser Hinsicht nichts zu erwarten. Die Aufgaben der sozialistischen Linken, kämpferischer GewerkschafterInnen und der HPD bestehen vielmehr darin, den Kampf gegen die sozialen Angriffe, für demokratische Rechte und nationale Unterdrückung gemeinsam zu organisieren. Erdogan hat zwar – mit welchen Mitteln auch immer – die Wahlen gewonnen, doch die unvermeidliche Krise seines „Erfolgsmodells“ kann auch die Bedingungen für einen gemeinsamen Klassenkampf schaffen, um den türkischen Napolyon zu Fall zu bringen.

Neuwahlen in der Türkei: Zwischen Erdogan-Regime und türkisch-nationalistischer Opposition

Svenja Spunck, Neue Internationale 229, Juni 2018

Darauf, dass AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung/Entwicklung“) und MHP (Milliyetçi Hareket Partisi, „Partei der nationalistischen Bewegung“) mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nicht bis November 2019 warten würden, deutete bereits vieles hin. Mitte März 2018 wurde dann bekannt, dass die Hohe Wahlkommission YSK 500 Millionen Umschläge für Stimmzettel in Auftrag gegeben hatte. Da es jedoch nur 55 Millionen Wahlberechtigte in der Türkei gibt, witterte die Opposition darin erste Vorbereitungen für Wahlbetrug im großen Maßstab. So war es bereits beim Verfassungsreferendum im April 2017 geschehen. Damals wurden nicht offiziell gestempelte Stimmzettel in das Ergebnis mit eingerechnet – bei all diesen war „Evet“ angekreuzt, also ein „Ja“ zum Präsidentsystem.

Um diesen Betrug zu legalisieren, stimmten AKP- und MHP-Abgeordnete ebenfalls im März diesen Jahres über ein Reformpaket ab, das dieser Koalition den Wahlsieg sichern soll. In einer Sitzung mitten in der Nacht wurde unter

Ausschluss der Presse beschlossen, dass ungestempelte Wahlzettel gültig sein sollen. Anstatt die extrem hohe Sperrklausel von 10 Prozent zu senken, wurde außerdem entschieden, dass es möglich sein soll, sich innerhalb einer Koalition die Stimmen zu teilen. Es treten also Wahlbündnisse an und falls eine der Bündnisparteien unter 10 Prozent der Stimmen erhält, kann sie von ihren stärkeren Koalitionspartnerinnen trotzdem ins Parlament gehievt werden.

Praktisch soll damit verhindert werden, dass die MHP in einzelnen Bezirken verpassen könnte, einen Abgeordneten zu stellen. Die MHP, die momentan theoretisch in der Opposition ist, aber praktisch schon eng mit der AKP zusammenarbeitet und mit ihr ein Wahlbündnis vorbereitet, hat nach einer Spaltung mit starkem Stimmenverlust zu kämpfen. Die Abspaltung formierte sich unter Meral Aksener als IYI-Parti („Gute Partei“) und kommt in den meisten Umfragen locker über die 10-Prozent-Hürde.

Aktuell ist sie eine von zwei Parteien aus dem sogenannten „Bündnis der Nation“, das sich aus CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, „Republikanische Volkspartei“), IP (Iyi Parti, „Gute Partei“), Saadet Partisi (Saadet Partisi, „Partei der Glückseligkeit“) und der DP (Demokrat Parti, „Demokratische Partei“) zusammensetzt. Nur die CHP und die IP sind zur Zeit im Parlament vertreten. SP und DP sehen in dem Bündnis eine Möglichkeit, sich auf die politische Bühne in der Türkei zurückzubefördern.

Obwohl alle vier Parteien aus unterschiedlichen politischen Traditionen stammen, eint sie nicht nur die Opposition zur AKP und MHP. Übereinstimmung herrscht ebenfalls darüber, die pro-kurdische HDP (Halkların Demokratik Partisi, „Demokratische Partei der Völker“) aus ihrer Koalition auszuschließen und sie somit als einzige Partei übrig zu lassen, die tatsächlich im Alleingang die 10-Prozent-Hürde überwinden muss.

Im WDR wurde diese Koalition von Kürsat Akyol als eine „demokratisch-einheitliche Allianz“ gefeiert, durch die die Wahlen in der Türkei in ein „Fest der Demokratie“ verwandelt werden könnten. Doch dass es sich hierbei keineswegs um eine Opposition oder gar eine demokratische Alternative zur aktuellen Regierung handelt, zeigt die genauere Betrachtung der einzelnen Mitgliedsparteien.

CHP

Die CHP, Partei des Staatsgründers Mustafa Kemal (Atatürk), ist die älteste Partei der Türkei und die größte Oppositionspartei im Parlament. Ihre Kernwählerschaft bilden säkulare TürkInnen aus dem Westen des Landes und den größeren Städten. Außerdem wird sie von der religiösen Minderheit der AlevitInnen unterstützt. Die oft in irreführender Weise als sozialdemokratisch bezeichnete Partei beteiligte sich zwar beim Verfassungsreferendum im April 2017 an der Mobilisierung des „Nein“-Lagers, stimmte jedoch im Mai 2016 im Parlament für die Aufhebung der Immunität von 50 der 59 HDP-Abgeordneten. Sie bereitete somit den Weg für die Inhaftierung der damaligen Parteivorsitzenden Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag, denen nun in unzähligen Verfahren der Prozess gemacht wird.

Bei dem Angriff der türkischen Armee auf die kurdische Stadt Afrin in Nordsyrien zu Beginn des Jahres lieferte sich die CHP einen regelrechten Kampf mit der AKP um das Ausmaß der Unterstützung für diesen Einsatz. Der Parteivorsitzende Kemal Kılıçdaroglu sagte kurz nach dem Beginn der „Operation Olivenzweig“: „Es handelt sich um ein nationales Problem und die Sicherheit der Grenzen der Türkei steht in Frage. Deshalb werden wir die in unserer Hand liegende Unterstützung liefern. Es ist wichtig, dass wir zur moralischen Unterstützung unserer Armee beitragen.“ Im selben Interview kritisierte er Erdogan, dieses Thema für WählerInnenfang zu nutzen und fügte hinzu, dass dieser sich wohl gestört fühle von der Zustimmung durch die CHP.

Für die Präsidentschaftswahl entschied die Partei, den Kandidaten Muharrem Ince ins Rennen zu schicken. Er ist seit 2002 CHP-Abgeordneter im türkischen Parlament und hatte dort den Posten des Fraktionsvorsitzenden inne. Er gilt auch als Konkurrent des Parteivorsitzenden Kılıçdaroglu, dem er zweimal bei der Wahl um dessen Amt unterlag. Dass er nun als Präsidentschaftskandidat ausgewählt wurde, deutet auch auf einen politischen Wechsel innerhalb der CHP hin. Seine Reden sind voller Populismus und Rassismus, vor allem gegen Geflüchtete aus Syrien. Der Bevölkerung verspricht er, ähnlich wie Erdogan, was alles gebaut werden soll, dass der Mindestlohn angehoben werden würde und den Studierenden Stipendien geschenkt werden sollen. Würde man ihn fragen, wie er das finanzieren will, dann würde er antworten, dass er das Geld lieber „seinem“ Volk statt den SyrerInnen geben würde. Dass syrische Geflüchtete in der Türkei

in extrem bitterer Armut leben, dass sie entweder über gefährliche Routen weiter nach Europa fliehen oder schon die Kinder der Familie in Sweatshops arbeiten schicken müssen, ignoriert er komplett.

Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, hat er gute Chancen, gegen Erdogan in der Stichwahl, also der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl anzutreten. Kommt es zur Stichwahl, würde Ince auch keine schlechten Chancen haben, die Wahl sogar zu gewinnen. Denn die Opposition ist sich fast einig darüber, denjenigen zu unterstützen, der es wagt, Erdogan herauszufordern, auch wenn es sich dabei um einen rassistischen Kemalisten handelt.

IP

Frank Nordhausen bezeichnete die IP-Vorsitzende Meral Aksener in der Frankfurter Rundschau als „türkische Marine Le Pen“. Sie ist kein neuer Stern am Politikerhimmel. Aus der MHP wurde sie im September 2016 ausgeschlossen, da sie den Parteivorsitzenden Devlet Bahçeli herausforderte. Ihr Hauptkritikpunkt war dessen Zusammenarbeit mit Erdogans AKP. Dieser wirft sie wiederum vor, den Friedensprozess mit der PKK eingeleitet zu haben und nicht mehr mit aller Härte gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung vorzugehen. Gegenüber der kurdischen Bevölkerung lautet die Devise der IP also deutlich: erzwungene Assimilation statt kultureller oder gar politischer Gleichberechtigung.

Doch wofür sonst steht die Partei, die direkt nach ihrer Gründung in den Umfragen bei fast 20 Prozent liegt? In erster Linie inszeniert sie ihre Ablehnung des Präsidialsystems, das Erdogan gerne einführen möchte. Dennoch tritt Aksener vorsichtshalber als Präsidentschaftskandidatin an und könnte ebenfalls im zweiten Wahlgang Gegenkandidatin Erdogans werden. Andere vermuten, dass sie im Falle der Kandidatur des Kemalisten Ince doch noch die Seiten wechselt und zur Unterstützung Erdogans aufruft. Doch eigentlich wollen sie und ihre Partei eine Alternative für die enttäuschten WählerInnen von AKP und MHP darstellen. Obwohl vor allem die CHP viel daran setzt, ihr Wahlbündnis als große Alternative zur AKP/MHP-Regierung zu präsentieren, zeigt die genauere Betrachtung doch eher, dass es sich lediglich um einen Zusammenschluss rechter Kräfte handelt, die keineswegs für Demokratie, Gerechtigkeit oder ein friedliches Zusammenleben stehen. Stattdessen verfolgen sie ihre eigenen Pläne, den türkischen Staat zu verwalten, wobei ihnen die inneren Widersprüche dieses Bündnisses oft im Weg stehen. Bei der Präsidentschaftswahl treten zwei

KandidatInnen aus diesem Bündnis an: Muharrem Ince für die CHP und Meral Aksener für die IP. Da beide momentan ungefähr gleichauf liegen, könnte auch hier im zweiten Wahlgang die Frage entscheidend werden, welcheR KandidatIn die Unterstützung der kurdischen Bewegung gewinnen kann.

HDP - die einzige Opposition?

Die AKP verliert zur Zeit ihre Wählerbasis unter konservativen KurdInnen, die auf den Friedensprozess hofften und nun vom türkisch-nationalistischen Kurs enttäuscht sind. Diese verlorenen Stimmen versucht die Partei, durch die nationalistische Stimmung, erzeugt durch den Angriff auf Afrin, über die MHP wieder reinzuholen. Doch schafft es die HDP, die von der AKP enttäuschten KurdInnen auf ihre Seite zu ziehen?

Die massive Repression gegen PolitikerInnen der HDP, gegen ihre Presseorgane und gegen kleinere linke Organisationen wächst stetig, seitdem die Partei im Juni 2015 zum ersten Mal ins Parlament eingezogen ist. Das Ziel der Regierung ist es, die Strukturen der Opposition komplett zu zerstören und ein erneutes Aufbegehren im Keim zu ersticken. Die HDP wird ihrer einfachsten demokratischen Rechte beraubt, obwohl sie nach wie vor theoretisch eine legale Partei im türkischen Parlament ist.

Die Politik der AKP bestimmt auch die Strategie der HDP in den Wahlen. Bereits vor einigen Monaten wurde bei den Debatten um den neuen Parteivorsitzenden die parteiinterne Spaltung zwischen - einfach gesagt - VertreterInnen der türkischen Linken einerseits und der kurdischen Bewegung andererseits deutlich. In der HDP gibt es ein ungeschriebenes Gesetz, demzufolge die Doppelspitze der Parteiführung nicht nur nach Geschlecht paritätisch besetzt ist, sondern auch immer einE VertreterIn aus der sozialistischen und der/die andere aus der kurdischen Bewegung kommen soll. Der gezielte Angriff der türkischen Armee gegen die KurdInnen in der Türkei und in Syrien wurde durch kurdischen Nationalismus in der HDP beantwortet. Die Co-Vorsitzende Pervin Buldan sagte: „Als ihr nach Afrin gegangen seid, habt ihr von einer osmanischen Ohrfeige gesprochen, die ihr dort austeilten wolltet. Macht euch bereit für eine kurdische Ohrfeige. Ihr werdet niedergehen an den Liedern, die ihr auf dem Weg nach Afrin gesungen habt.“ Mit dieser Wortgewalt will sie zu Recht Erdogan in die Schranken weisen und Vergeltung für den Angriff auf das kurdische Volk ankündigen. Doch eine Strategie, die Spaltung der Unterdrückten in der Türkei

zu überwinden und tatsächlich eine Partei für all diese zu schaffen, kann die HDP leider nicht präsentieren.

Ob die HDP den Einzug ins Parlament schaffen wird, ist ungewiss. Umfragen sagen ihr zwischen acht und elf Prozent voraus. Während der Wahlkampf in der Türkei massiv eingeschränkt ist, mobilisieren HDP-AnhängerInnen im Ausland rund um die Uhr.

Die HDP spekuliert darauf, dass unter dem neuen Wahlsystem, unter dem Parteien sich ihre Abgeordnetensitze untereinander hin und her zuschieben können, eventuell eine andere Partei der HDP die fehlenden Sitze überlässt, damit die AKP/MHP-Koalition im Parlament geschwächt wird. Denn wenn die HDP die 10-Prozent-Hürde nicht überwände, wären ihre Sitze ein direkter Gewinn für AKP/MHP, was Druck auf das CHP-Bündnis ausübt. Die jüngste Vergangenheit hat jedoch auch gezeigt, dass selbst die oft als „sozialdemokratisch“ beschriebene CHP die HDP sofort ans Messer liefert, um sich erstens nicht selbst zu gefährden und zweitens ihre Hoffnung auf eine Beteiligung am neuen Präsidialsystem aufrechtzuerhalten. Auch das Fehlen einer klaren Strategie zur zweiten Runde der Präsidentschaftswahl seitens der HDP deutet eher darauf hin, dass man sich die Tür offen halten will, um sich eventuell der CHP anzubiedern. Dies ist jedoch innerhalb der HDP eine heiß diskutierte Frage. Es ist zu hoffen, dass sich die Kräfte durchsetzen, die eine solche „Taktik“ ablehnen. Sie schadet dem Kampf gegen Erdogan wie gegen die reaktionäre Opposition.

Größte Schwäche Erdogans

Die extrem angeschlagene Wirtschaft der Türkei ist der wunde Punkt der Regierung, der Erdogan bereuen lässt, die Neuwahlen ausgerufen zu haben. Zum ersten Mal seit Jahren erlebt man ihn in einer eher defensiven als aggressiven Rolle. Die Einschüchterung der Zivilbevölkerung durch massiven Druck von Seiten der Regierung, aber auch die gefährdete Sicherheitslage hatten den Niedergang von ausländischen Investitionen zur Folge, auf die die Türkei angewiesen ist. Zunächst machte die Tourismusbranche, die eine der zentralen Einnahmequellen der Türkei ist, hohe Verluste. Dies verband sich nun in den vergangenen Monaten mit einer wachsenden Schuldenkrise, die für die türkische Wirtschaft bedrohlich geworden ist. Die Gesamtschulden türkischer Unternehmen betragen mittlerweile 70 Prozent der Wirtschaftsleistung und diese wurden meist in ausländischen Währungen aufgenommen. Mit dem Wertverlust der Lira im

Vergleich zu Dollar und Euro sowie dem Rückgang von Investitionen in die Türkei wird deutlich, dass die Wirtschaftspolitik der AKP gescheitert ist. Die Türkei ist auf langfristige ausländische Investitionen angewiesen, die jedoch durch die angespannte politische Lage ausbleiben. Während die Inflation momentan bei 10 Prozent liegt, ist auch die Jugendarbeitslosigkeit auf 20 Prozent angestiegen und der Reallohnverlust ist in der Bevölkerung zunehmend spürbar. Viele sehen in der wirtschaftlichen Lage eines der größten Risiken für die AKP-Regierung, während diese ihr Finanzproblem als Intrige ausländischer Mächte darstellt und die Bevölkerung zum Zusammenhalt und dem Umtausch ihrer letzten Dollars aufruft.

In dieser Situation sehen Erdogan und die AKP ihre Mehrheit bei den Wahlen gefährdet. Umgekehrt stellt das Oppositionsbündnis um die CHP keine fortschrittliche Alternative dar. In manchen Fragen steht dieses bzw. stehen einzelne Parteien der Opposition sogar rechts von der AKP. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, dass eine dieser Kräfte auch zu einer Koalition mit Erdogan bereit ist, wenn der politische Preis stimmt.

In jedem Fall wird es aber darum gehen, die heraufziehende Wirtschaftskrise auf Kosten der Bevölkerung zu lösen, den Krieg gegen die kurdische Bewegung und die Besetzung Afrins fortzusetzen, die Position der Türkei als Regionalmacht zu behaupten - und all das mit einer Mischung aus Nationalismus, Demagogie und Rassismus, also durch Spaltung und Verhetzung der Masse in Stadt und Land zu legitimieren.

Bei den Wahlen unterstützen wir die HDP kritisch, obwohl sie keine ArbeiterInnenpartei, sondern eine kleinbürgerliche, klassenübergreifende Partei darstellt. Sie repräsentiert aber den Kampf des seit Gründung der Türkei unterdrückten kurdischen Volkes und den Widerstand gegen die Besetzung Afrins. Das Abschneiden der HDP stellt also auch einen Gradmesser für die Ablehnung der Politik Erdogans und des expansiven türkischen Nationalismus dar.

Zugleich sind jedoch in den letzten Jahren die programmatischen und politischen Schwächen der HDP immer deutlich geworden. Sie schwankt vielmehr zwischen „harter“ Opposition und opportunistischen Manövern wie z. B. hinsichtlich einer möglichen Unterstützung des CHP-Kandidaten Ince im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl. Der entscheidende Grund dafür liegt darin, dass sie als kleinbürgerliche Partei nicht auf eine auf die Interessen der Lohnabhängigen, der

BäuerInnen und der Unterdrückten orientierte sozialistische Klassenpolitik setzt. Eine solche Politik müssten aber die sozialistischen Kräfte in der HDP aktuell vorschlagen und öffentlich machen, denn die kommende Krise kann, ja wird - egal ob nun die reaktionäre AKP oder die genauso reaktionäre Opposition gewinnt - , den türkischen Kapitalismus erschüttern und neue Möglichkeiten im Klassenkampf eröffnen.

Türkei erobert Afrin: Die Konterrevolution auf dem Vormarsch

Robert Teller, Neue Internationale 227, April 2018

Am 18. März rückten die türkische Armee und von der türkischen Regierung kontrollierte FSA-Verbände ins Stadtzentrum von Afrin ein - zwei Monate nach Beginn des militärischen Überfalls auf den gleichnamigen kurdischen Kanton durch die „Operation Olivenzweig“. Wie auch in anderen von türkischen Truppen eroberten Ortschaften des Kantons war der militärische Siegeszug begleitet von Plünderungen und einem Massenexodus der dort lebenden BewohnerInnen. Ohne Zweifel ist der türkische Einmarsch ein weiterer Schlag der Konterrevolution im Nahen Osten, der die Zukunft von Rojava in Frage stellt.

Erdogan hat wiederholt erklärt, dass er bei Afrin nicht Halt machen wird, sondern die gesamte türkisch-syrische Grenze und sogar den Nordirak von kurdischen Verbänden „säubern“ will. Die Situation führt uns - wie bereits im Kampf gegen den IS/Daesch - einmal mehr vor Augen, dass keiner der beteiligten Akteure im Nahen Osten eine kurdische Selbstverwaltung akzeptieren wird, dass die dort bestehende staatliche Ordnung auf der nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes beruht. Zugleich werden die militärischen Erfolge Erdogans begleitet von einer Repressionswelle gegen KriegsgegnerInnen, und sein militärischer Erfolg wird den weiteren Abbau demokratischer Rechte und die Errichtung eines

diktatorischen Regimes in der Türkei beschleunigen, was dort eine ArbeiterInneneinheitsfront gegen den Krieg dringend erforderlich macht.

Deutsche Waffen

Die türkische Armee setzt bei ihrer Offensive deutsche Leopard-Panzer ein. Entgegen der anfänglichen Aussage Sigmar Gabriels, aufgrund des türkischen Angriffs auf Afrin zunächst keine Waffenexporte in dieses Land mehr zu genehmigen, wurden allein seit Beginn der Offensive insgesamt 20 Rüstungsexportgenehmigungen erteilt. Der militärische Angriff auf Rojava setzt für InternationalistInnen nicht nur die unmittelbare Unterstützung der kurdischen Verbände im Kampf gegen die türkischen Truppen auf die Tagesordnung. Er wirft auch die Frage auf, welche politische Strategie erforderlich ist, um die Errungenschaften in Rojava zu verteidigen.

Die kurdischen Verbände der YPG/YPJ haben als Teil der SDF (Syrian Democratic Forces) seit 2015 große militärische Erfolge gegen den IS/Daesch errungen und kontrollieren heute einen großen Teil der vom IS in Syrien zurückgelassenen Gebiete. Der größte militärische Erfolg war die Eroberung von ar-Raqqa im Oktober 2017. Die militärischen Erfolge beruhten auch auf der Unterstützung der SDF durch die USA in Form von Waffenlieferungen, Militärberatern und Luftangriffen, in geringerem Umfang auch auf russischer Unterstützung. Dank der militärischen Erfolge der SDF kontrolliert der IS/Daesch heute nur noch einige ländliche Gegenden im Osten Syriens, an der israelischen Grenze und das palästinensische Flüchtlingslager Jarmuk in Damaskus. Die kurdischen Verbände dagegen kontrollieren fast alle Gebiete östlich des Euphrat, etwa ein Viertel der Fläche Syriens. Seit Beginn der türkischen Intervention in Nordsyrien 2016 stellte Russland in den entsprechenden Gegenden Truppen in Pufferzonen bereit, die eine direkte Konfrontation der türkischen Armee mit den kurdischen Verbänden verhinderten. Vor Beginn des Angriffs auf Afrin zog Russland diese Truppen jedoch von dort zurück. Der türkische Angriff fand also mit der Duldung Russlands statt.

Nachdem 2014/2015 die Gefahr bestand, Rojava könnte vom IS militärisch zerschlagen werden, so scheint es heute gerade durch die zuletzt neu gewonnene militärische Stärke vor neuen Problemen zu stehen: nicht nur die Türkei, auch das syrische Regime und seine iranische Schutzmacht können einen unabhängigen kurdischen Staat als Teil einer Nachkriegsordnung in Syrien nicht

akzeptieren. Assad hat wiederholt erklärt, dass er nicht bereit ist, eine Abspaltung Rojavas zu akzeptieren. Für die USA dagegen sind die kurdischen Kräfte zwar zentral für den Kampf gegen den IS - aber die militärische Niederlage des IS in Syrien wird die Grundlage dieser Kooperation in Frage stellen. Im Ringen um eine Nachkriegsordnung werden die USA Rojava mit in den Verhandlungstopf werfen, aus dem es neu zu verteilen gilt.

Als Folge des türkischen Angriffs wurden kurdische Verbände von der Front gegen den IS abgezogen und nach Afrin verlegt. Die Türkei hingegen zog zehntausende ihrer loyalen Rebellen aus der Provinz Idlib ab, um sie im Kampf gegen die kurdischen Verbände einzusetzen. Am 25. Januar forderte die kurdische Führung in Afrin das syrische Regime auf, Truppen zu seiner Verteidigung gegen den türkischen Einmarsch zu schicken. Am 19. Februar trafen Assad-treue Regierungsmilizen in Afrin ein und wurden von der türkischen Armee unter Beschuss genommen. Es gibt Berichte, dass das syrische Regime auch zur Entsendung der regulären Armee bereit gewesen wäre, dies aber durch eine Intervention Russlands verhindert wurde, das eine Eskalation zwischen dem syrischen Regime und der Türkei verhindern möchte. Als Teil einer Einigung zwischen der PYD und dem Regime übergab die PYD am 22. Februar die Kontrolle über den mehrheitlich kurdischen Stadtteil Sheikh Maqsoud und alle anderen von ihr in Aleppo kontrollierten Viertel an die Truppen des Regimes und erhielt dafür von selbigem die Erlaubnis, die von ihm kontrollierten Versorgungsrouten nach Afrin zu nutzen. Am 18.03. zogen sich die KämpferInnen der kurdischen Verbände aus der Stadt Afrin zurück, nachdem diese von den türkischen Truppen eingekesselt worden war.

Niederlagen und weitere Bedrohungen

Letztlich hat der türkische Angriff nicht nur zur Zerschlagung der Selbstverwaltung in Afrin geführt, sondern auch zur Wiederherstellung der Kontrolle des Assad-Regimes über ganz Aleppo und er hat die Bedingungen für seine Offensive in der Provinz Idlib verbessert. Die syrische und die türkische Regierung verfolgen zwar im syrischen Bürgerkrieg entgegengesetzte Ziele. Dennoch haben sie ein gemeinsames Interesse, die kurdische Selbstverwaltung in Rojava zu zerstören. Insofern ist der türkische Angriff Teil der konterrevolutionären Entwicklung in der Region und steht in einer Reihe mit den verbrecherischen Angriffen des Assad-Regimes in Ost-Ghuta und Idlib, um seine

Kontrolle über diese Gebiete wiederherzustellen.

Die absehbare Niederlage des IS und die mögliche Niederlage der letzten Rebellenverbände in der Provinz Idlib und der Region Damaskus werden unter den verbliebenen Mächten – dem russischen Imperialismus und dem Iran als Schutzmacht Assads, der Türkei und den USA – die Frage nach einer Nachkriegsordnung auf die Tagesordnung setzen. Fast alle würden kein unabhängiges Rojava akzeptieren und auch die USA werden ihren zeitweiligen Verbündeten allenfalls als politisches Faustpfand verwenden (und gegebenenfalls fallenlassen).

Es droht somit, dass Rojava durch die Türkei militärisch zerschlagen oder aber in den syrischen Staat reintegriert wird. Die PYD hat ihrerseits erklärt, dass sie bereit ist, im Rahmen einer Autonomielösung die bestehenden nationalen Grenzen Syriens zu respektieren und mit dem Regime über eine Nachkriegslösung zu verhandeln. Hierbei werden aber sowohl die türkische als auch die syrische Regierung ihre Bedingungen gegenüber den KurdInnen durchsetzen wollen. Die politische Selbstbestimmung der KurdInnen wird dabei als Erstes auf der Strecke bleiben.

Internationale Perspektive

Verhindert werden könnte eine solche Entwicklung nur auf internationaler Ebene. Die Geschichte Rojavas ist eng verbunden mit der syrischen Revolution und den Aufständen der KurdInnen in der Türkei. Die Entwicklungen im Nordirak zeigen, dass dort die Bevölkerung den Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit vertritt. Letztlich ist die ArbeiterInnenklasse in der Türkei die entscheidende Kraft, die die militärische Expansionspolitik Erdogans stoppen kann. Umgekehrt ist jede militärische Niederlage Erdogans auch eine politische Niederlage für die Errichtung seiner Präsidialdiktatur. Die nationale Frage der KurdInnen ist also verbunden mit der demokratischen Frage und dem Klassenkampf in der Türkei. Die Zukunft von Rojava wird am Ende davon abhängen, ob es gelingt, ein Bündnis mit den unterdrückten Massen der ganzen Region zu bilden. Ein solches Bündnis wäre zugleich auch die einzige Hoffnung auf ein Ende des Vormarsches von Reaktion, Konterrevolution und Imperialismus in Syrien oder im Irak. Die Siege des Assad-Regimes und der Türkei bedeuten für die Bevölkerung Massenvertreibung, Plünderungen, Vergewaltigungen und Elend. Die drohende Ausschaltung der KurdInnen und die Niederlage der syrischen Revolution

bedeuten aber keineswegs eine Befriedung des Landes, sondern werden angesichts der verschärften internationalen Konfrontationen früher oder später zu einem weiteren Kampf zwischen den verschiedenen Mächten führen, die heute ganze Länder verwüsten.

RevolutionärInnen treten für die Niederlage und den Rückzug der türkischen Armee ein, die Verteidigung der bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen und den Sieg der KurdInnen gegen die Invasoren. Wir fordern den Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei und den Rückzug der Bundeswehr. Wir treten für den Abzug aller imperialistischen Truppen und aller Regionalmächte aus Syrien ein. Wir sollten als InternationalistInnen den kurdischen Verbänden jegliche mögliche Unterstützung für ihren Kampf zukommen lassen, ohne jedoch die nationalistische Politik ihrer Führung zu verteidigen, deren Utopie eines „Dritten Wegs“ die internationale Dimension des Befreiungskampfes negiert.